

# Stenographisches Protokoll

23. Sitzung der XVI. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages

Montag, 23. November 1992

---

Protokollauszug

Präsident

---

**1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 248), mit dem das Kindergarten-gesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird (Zahl 16 – 182) (Beilage 255)**

**Präsident:** Ich ersuche nun Herrn Berichterstatter Oswald um seinen Bericht zum 1. Punkt der Tagesord-

Präsident

nung, den Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 248, mit dem das Kindergartengesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 182, Beilage 255.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter **Oswald**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Artikel 4 des EWR-Abkommens verbietet jede Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit. Die vorliegende Novelle des Kindergartengesetzes, Zahl 16 – 182, regelt die Anpassung an das EWR-Abkommen und beseitigt diese Diskriminierung. Die Novelle sieht die Erweiterung des Inländervorbehaltes vor und trägt der Gleichstellung von EWR-Angehörigen mit österreichischen Staatsbürgern Rechnung. Dies gilt sowohl für die Errichtung eines Privatkindergartens als auch die Leiterbeziehungsweise Leiterinnenbestellung eines Privatkindergartens und die Einstellung von Kindergärtnern beziehungsweise Kindergärtnerinnen.

Der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Rechtsausschuß haben in der 4. gemeinsamen Sitzung am 18. November 1992 die Novelle behandelt. Dabei wurde ein Abänderungsantrag eingebracht. Zu Ziffer 2 hat es in Paragraph 19 Absatz 4 in der vorletzten Zeile anstatt „Staatsbürgerschaft oder Zugehörigkeit zu einem Mitgliedsstaat des“ richtig „Staatsbürgerschaft oder Zugehörigkeit zu einem Vertragspartner des“ zu lauten. Die Novelle wurde mit diesem Abänderungsantrag mehrheitlich dem Hohen Haus zur Annahme empfohlen.

Namens des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses beantrage ich die Annahme der Gesetzesnovelle unter Berücksichtigung des Abänderungsantrages.

**2. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Landesgesetzentwurf (Beilage 247), mit dem das Burgenländische Familienförderungsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird (Zahl 16 – 181) (Beilage 256)**

**Präsident**: Den Bericht zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattet Landtagsabgeordneter Mag. Wögerer. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Landesgesetzentwurf, Beilage 247, mit dem das Burgenländische Familienförderungsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 181, Beilage 256.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Wögerer um seinen Bericht.

Berichterstatter **Mag. Wögerer**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Das Burgenländische Familienförderungsgesetz des Jahres 1991 ist den Bestimmungen des EWR-Abkommens anzupassen. Auch hier geht es um die Aufhebung der Diskriminierung der Staatsbürger aus dem EWR-Raum beziehungsweise um die Aufhebung des Ausländervorbehaltes.

In der 4. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses vom 18. November 1992 wurde diese Materie behandelt.

Dazu darf ich folgenden Abänderungsantrag einbringen und diesen verlesen:

1. Nach der Promulgationsklausel ist die Artikelbezeichnung „Artikel I“ einzufügen.
2. Nach der Ziffer 1. ist ein neuer Artikel II einzufügen, der zu lauten hat:

„Artikel II

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft.“

3. Die Ziffer 2. ist zu streichen.

In den Erläuterungen ergeben sich folgende Änderungen. Auch diese darf ich verlesen:

Der erste Satz des Absatzes 1 der Erläuterungen ist zu streichen und an dessen Stelle folgende zwei Sätze einzufügen:

„Aus der geplanten Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes entsteht dem österreichischen Gesetzgeber die Verpflichtung, das nationale Recht entsprechend den Bestimmungen und Grundsätzen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen) umzugestalten.“

Paragraph 7 des Burgenländischen Familienförderungsgesetzes stellt als Förderungsvoraussetzung unter anderem auch die österreichische Staatsbürgerschaft ab. Diese Regelung widerspricht dem Diskriminierungsverbot des Artikels 4 des EWR-Abkommens und kann deshalb nicht aufrecht erhalten werden.“

Ich darf namens des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes beantragen.

**3. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 239), mit welchem das Gesetz über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Bgl. Wohnbauförderungsgesetz 1991) zur Anpassung an den EWR-Vertrag geändert wird (Zahl 16 – 180) (Beilage 257)**

**Präsident**: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des

**Präsident**

Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 239, mit welchem das Gesetz über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Bgl. Wohnbauförderungsgesetz 1991) zur Anpassung an den EWR-Vertrag geändert wird, Zahl 16 – 180, Beilage 257.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wögerer. Bitte Herr Abgeordneter.

Berichtersteller **Mag. Wögerer**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Auch das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz des Jahres 1991 ist dem EWR-Abkommen anzupassen. Auch hier geht es vorwiegend um die Frage des Ausländervorbehaltes.

Die Materie wurde in der 4. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses am 18. November 1992 beraten und mehrheitlich angenommen. Ich darf in diesem Zusammenhang folgenden Abänderungsantrag stellen:

Der Titel soll lauten: „Gesetz vom 23. 11. 1992, mit dem das Bgl. Wohnbauförderungsgesetz 1991 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird.“ Der Einleitungssatz des Artikels 1 soll lauten:

„Das Bgl. Wohnbauförderungsgesetz 1991, LGBl. Nr. 53, wird wie folgt geändert:

Die Ziffern 2 und 3 sollen zu einer Ziffer 2 zusammengefaßt werden und diese neue Ziffer 2 soll lauten, Zitat:

„2. Im Paragraph 10 erhalten die bisherigen Absätze 3 und 4 die Absatzbezeichnungen 4 und 5. Als neuer Absatz 3 wird eingefügt:

„Juristische Personen, Körperschaften, Personenvereinigungen, gemeinnützige Bauvereinigungen und Vermögensmassen mit dem Sitz in einem Mitgliedsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sind solchen mit dem Sitz im Inland gleichgestellt.“

Die bisherige Ziffer 4 erhält die Bezeichnung 3 und lautet: „§ 11 Abs. 1 Z. 2 lautet:

2. welche, sofern sie österreichischer Staatsbürger ist, die Begründung des ordentlichen Wohnsitzes mit der Eintragung in die Bundes-, Landes- oder Gemeindegewählerevidenz nachweist oder, sofern sie Angehörige von Vertragsparteien des EWR-Abkommens ist, die Begründung des ordentlichen Wohnsitzes durch Vorlage eines Meldezettels nachweist und“ Ende des Zitates.

Die bisherige Ziffer 5 erhält die Bezeichnung 4 und lautet: „4. § 18 Abs. 2 Z. 2 erster Halbsatz lautet:

eine begünstigte Person oder ihr nahestehende Person, soferne sie österreichischer Staatsbürger ist, die Begründung des ordentlichen Wohnsitzes nicht durch die

Eintragung in die Bundes-, Landes- oder Gemeindegewählerevidenz, sofern sie Angehörige von Vertragsparteien des EWR-Abkommens ist, die Begründung des ordentlichen Wohnsitzes nicht durch Vorlage eines Meldezettels nachweist;“

Schließlich entfällt der Klammerausdruck „(EWR-Abkommen)“ des Artikel 2 ersatzlos.

Soweit zur Gesetzesmaterie.

Ich darf auch die Abänderungsanträge zum Vorblatt und zu den Erläuterungen bringen. Zum Vorblatt der Erläuterungen soll bei der Teilüberschrift „Problem“ der Ausdruck „EWR-Übereinkommen“ durch den Ausdruck „EWR-Abkommen“ ersetzt werden. Ebenso der Ausdruck „Wohnbauförderungsrecht“ durch den Ausdruck „Wohnbauförderungsgesetz“.

Bei der Teilüberschrift „Ziel“ soll der Ausdruck „Wohnbauförderungsrecht“ durch den Ausdruck „Wohnbauförderungsgesetz“ ersetzt werden. Schließlich soll bei der Teilüberschrift „Lösung“ der Ausdruck „landrechtliche“ durch den Ausdruck „landesrechtliche“ ersetzt werden.

Die Teilüberschrift „Alternative“ soll ersatzlos gestrichen werden.

Nun zum allgemeinen Teil der Erläuterungen.

Die Ausdrücke „EWR-Übereinkommen“ sollen durch die Ausdrücke „EWR-Abkommen“ ersetzt werden. Ebenso der Ausdruck „Bgl. Wohnbauförderungsrecht“ durch den Ausdruck „Bgl. Wohnbauförderungsgesetz“. Die Fundstellen der Richtlinien und Verordnungen des Rates beziehungsweise der Kommission der EG wurde teilweise geändert beziehungsweise berichtigt.

Nun weiters zum besonderen Teil der Erläuterungen.

Der besondere Teil der Erläuterungen soll entsprechend der Änderung des Gesetzentwurfes abgeändert werden. Die Erläuterung zu Artikel II soll lauten: „Zu Art. II: da sich Österreich und damit auch das Land Burgenland erst ab Inkrafttreten des EWR-Abkommens vertragskonform zu verhalten hat, wurde diese Regelung vorgenommen und kein bestimmtes Datum gesetzt.“

Ich darf namens des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses dem Hohen Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes, wie er im schriftlichen Bericht der beiden Ausschüsse vorliegt, empfehlen.

**4. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 238), mit dem das Flurverfassungsgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird (Zahl 16 – 179) (Beilage 258)**

**Präsident**: Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechts-

Präsident

ausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 238, mit dem das Flurverfassungs-Landesgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, Zahl 16 – 179, Beilage 258.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Dipl. Ing. Berlakovich. Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter **Dipl. Ing. Berlakovich**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Das Flurverfassungs-Landesgesetz wird ebenfalls an das Abkommen des EWR angepaßt. Es geht hier ebenfalls um die Gleichstellung von Staatsbürgern des EWR mit österreichischen Staatsbürgern. Im wesentlichen geht es um die Novellierung des Paragraph 52, wonach zum Obmann beziehungsweise zum Mitglied des Verwaltungsausschusses nur wählbar war, der österreichischer Staatsbürger ist und seinen Wohnsitz im Burgenland hatte. Dieses ist nun gestrichen. Jetzt ist nur mehr wählbar, wer keine gerichtlichen Verurteilungen aufweist.

Der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Rechtsausschuß stellen daher den Antrag, der vorliegenden Novelle die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

**5. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 232), mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird (Zahl 16 – 173) (Beilage 259)**

**Präsident**: Ich danke für diesen Bericht. Wir kommen nun zum Bericht über den 5. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 232, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, Zahl 16 – 173, Beilage 259.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Herbert Oswald. Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter **Oswald**: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Bestimmung, daß natürliche Personen als Schullehrer, als Schulleiter oder Schullehrer einer landwirtschaftlichen Privatschule österreichische Staatsbürger sein müssen, steht mit dem Diskriminierungsverbot und der im Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum statuierten Niederlassungsfreiheit in Widerspruch.

Die vorliegende Novelle, mit der das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz, Zahl 16 – 173, geändert wird, sieht die Gleichstellung der Staatsangehörigen von Vertragsparteien des EWR-Abkommens mit österreichischen Staatsbürgern vor. Der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

und der Rechtsausschuß haben den Gesetzentwurf in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am 18. November 1992 beraten. Die Novelle wurde mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Namens des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses stelle ich den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**6. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 230), mit dem das Buschenschankgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird (Zahl 16 – 171) (Beilage 260)**

**Präsident**: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 230, mit dem das Buschenschankgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, Zahl 16 – 171, Beilage 260.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Loos. Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter **Loos**: Der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Rechtsausschuß haben den Gesetzentwurf, mit dem das Buschenschankgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, Zahl 16 – 171, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. November 1992, beraten. Der Antrag des Berichterstatters, dem Landtag zu empfehlen, der gegenständlichen Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen, wurde mehrheitlich angenommen.

Namens des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Buschenschankgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**7. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 235), mit dem das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1980 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird (Zahl 16 – 176) (Beilage 261)**

**Präsident**: Danke Herr Abgeordneter. Es folgt nun der Bericht zum 7. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies

Präsident

der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 235, mit dem das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1980 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 176, Beilage 261.

Herr Landtagsabgeordneter DDr. Schranz ist Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter **DDr. Schranz**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Rechtsausschuß haben den Gesetzentwurf beraten. Nach der bisherigen Regelung konnte eine Jungunternehmerförderung nur für österreichische Staatsbürgerschaft gewährt werden. Dies hat dem Diskriminierungsverbot des Artikel 4 als auch dem Grundsatz der Niederlassungsfreiheit des Artikel 31 des EWR-Abkommens widersprochen und mußte geändert werden.

Der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Rechtsausschuß haben in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am 18. November beraten und beschlossen, daß diesem Gesetzentwurf die Zustimmung erteilt werden sollte, allerdings mit zwei Richtigstellungen, und zwar soll es im Artikel 1 im Einleitungssatz anstatt „LGBl. Nr. 32/1991“ richtig „LGBl. Nr. 59/1991“ lauten und im Vorblatt haben unter „Ziel“ sowie unter „Inhalt“ die Zitierungen anstatt „LGBl. Nr. 1/1980“ richtig „LGBl. Nr. 1/1981“ zu lauten. Ansonsten hat der Ausschuß die Annahme empfohlen.

**8. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 231), mit dem das Burgenländische Elektrizitätsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird (Zahl 16 – 172) (Beilage 262)**

**Präsident**: Danke für den Bericht. Herr Abgeordneter Thomas ist Berichterstatter zum 8. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 231, mit dem das Burgenländische Elektrizitätsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 172, Beilage 262.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter **Thomas**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Rechtsausschuß haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Elektrizitätsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 172, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. November 1992, beraten. Es wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gegen die Stimme der FPÖ die Regierungsvorlage entsprechend beschlossen. Ich darf das Hohe Haus um die Annahme dieser Abänderung ersuchen.

Ergänzend dazu möchte ich noch berichten, daß sich in dieser Vorlage ein kleiner Fehler eingeschlichen hat, und zwar haben im Paragraph 4 Absatz 4 die beiden letzten Zeilen richtig zu lauten: „insbesondere hinsichtlich der Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung mit elektrischer Energie gelegen ist.“ Ich bitte um Kenntnisnahme.

**9. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 233), mit dem das Spielapparategesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird (Zahl 16 – 174) (Beilage 263)**

**Präsident**: Ich danke für den Bericht. Der 9. Punkt der Tagesordnung betrifft den Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 233, mit dem das Spielapparategesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 174, Beilage 263.

Berichterstatter ist abermals Herr Landtagsabgeordneter Thomas. Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter **Thomas**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unter Zahl 16 – 174 ist Ihnen eine entsprechende Abänderungsvorlage des Spielapparategesetzes zugegangen. Aufgrund des EWR-Vertrages ist es eben notwendig, daß hier der Paragraph 2 Absatz 2 geändert wird, wo es auch anderen Staatsbürgern, und vor allem jenen, die aus den Vertragsländern des EWR kommen, auch ermöglicht wird, in Österreich entsprechende Anträge zu stellen.

Der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Rechtsausschuß haben am 18. November diese Regierungsvorlage beraten und entsprechend mehrheitlich beschlossen.

Ich darf namens des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses den Antrag stellen, dieser Vorlage die Zustimmung zu erteilen.

**10. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 234), mit dem das Burgenländische Lichtspielgesetz 1960 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird (Zahl 16 – 175) (Beilage 264)**

**Präsident**: Wir kommen nun zum 10. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 234, mit dem das Burgenländische Lichtspielgesetz 1960 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 175, Beilage 264.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Thomas. Ich ersuche um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Präsident

Berichterstatter **Thomas**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unter Vorlage Zahl 16 – 175, wurde eine entsprechende Anpassung bezüglich des EWR-Abkommens des Lichtspielgesetzes aus dem Jahr 1960 vorgelegt. Auch hier kommt es zu einer geringfügigen Änderung. Paragraph 4 Absatz 1 litera a wurde neu gefaßt und ermöglicht nun auch anderen als österreichischen Staatsbürgern – eben jenen, die aus dem EWR-Raum kommen –, in Zukunft in Österreich tätig zu werden. Bei dieser gemeinsamen Ausschußsitzung des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses am 18. November wurde diese Vorlage beraten und auch der entsprechende mehrheitliche Beschluß gefaßt.

Ich darf namens des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses den Antrag stellen, daß Sie dieser Vorlage heute hier im Hohen Haus die Zustimmung geben.

**11. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 237), mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens zur Anpassung an des EWR-Abkommen geändert wird (Zahl 16 – 178) (Beilage 265)**

**Präsident**: Der 11. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 237, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 178, Beilage 265.

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Thomas Berichterstatter. Ich ersuche um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter **Thomas**: Meine Damen und Herren! Auch dieses Gesetz bedarf einer Abänderung beziehungsweise einer Anpassung an das EWR-Abkommen. Unter Zahl 16 – 178 ist Ihnen der genaue Wortlaut der Abänderung zugegangen. Es geht hier um den Paragraph 12, welcher entfällt. In diesem Paragraph wurde früher nur ausdrücklich österreichischen Staatsbürgern die Möglichkeit eingeräumt.

In der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses wurde am 18. November diese Abänderung beraten. Der Regierungsvorlage wurde mehrheitlich im Ausschuß die Zustimmung gegeben.

Ich darf als Berichterstatter den Antrag stellen, der Landtag wolle der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**12. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Landesgesetzentwurf (Beilage 249), mit dem das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz 1963 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird (Zahl 16 – 183) (Beilage 266)**

**Präsident**: Danke für den Bericht. Zum 12. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Landesgesetzentwurf, Beilage 249, mit dem das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz 1963 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 183, Beilage 266, erstattet Landtagsabgeordneter Mag. Wögerer den Bericht.

Ich ersuche Sie um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter **Mag. Wögerer**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Auch das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz des Jahres 1963 muß den Bestimmungen des EWR-Abkommens angepaßt werden. Auch hier geht es hauptsächlich um den sogenannten Ausländervorbehalt. Mit diesem Gesetzentwurf haben sich der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Rechtsausschuß in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am 18. November 1992 befaßt, wobei hier die mehrheitliche Annahme festzustellen war.

Ich darf zusätzlich folgenden Abänderungsantrag einbringen und diesen zur Verlesung bringen:

1. Nach der Promulgationsklausel „der Landtag hat beschlossen:“ wird der Artikel I eingefügt.
2. In der zweiten Zeile im Paragraph 18 Absatz 5 ist das Wort „Staatsangehörige“ durch das Wort „Angehörige“ zu ersetzen. In der vierten Zeile ist der Klammerausdruck „(EWR-Abkommen)“ ersatzlos zu streichen.
3. Paragraph 18 Absatz 6. Nach dem Absatz 6 wird eingefügt:

„Artikel II

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft.“

4. Die Ziffer 3. Zitat: „Im § 41 . . . Wirtschaftsraum in Kraft.“ ist ersatzlos zu streichen.

Ich darf namens der beiden genannten Ausschüsse dem Hohen Landtag die Annahme empfehlen.

**13. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Beschlüßantrag (Beilage 229), mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken zugestimmt wird (Zahl 16 – 170) (Beilage 267)**

**Präsident**: Ich danke für den Bericht. Der 13. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zu-

Präsident

sammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Beschlußantrag, Beilage 229, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken zugestimmt wird, Zahl 16 – 170, Beilage 267.

Berichtersteller ist abermals Herr Abgeordneter Mag. Wögerer. Ich ersuche um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichtersteller **Mag. Wögerer**: Sehr geehrter Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Der vorliegende Beschlußantrag behandelt eine der sensibelsten Materien im Zuge des EWR-Abkommens, und zwar den Verkehr mit Baugrundstücken, wobei der Kernpunkt des vorliegenden Beschlußantrages Übertragung der Kompetenzen an die Länder sein wird. Es haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung am 18. November 1992 der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Rechtsausschuß mit dieser Materie beschäftigt. Diese Materie wurde dort mehrheitlich angenommen. Ich darf daher das Hohe Haus bitten, diesen Beschlußantrag anzunehmen.

**14. Punkt: Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Beschlußantrag (Beilage 254), mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen (Umsetzung der EG-Bauproduktenrichtlinie) zugestimmt wird (Zahl 16 – 188) (Beilage 268)**

**Präsident**: Wir kommen nun zum 14. und letzten Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Beschlußantrag, Beilage 254, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen (Umsetzung der EG-Bauproduktenrichtlinie) zugestimmt wird, Zahl 16 – 188, Beilage 268.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Mag. Wögerer. Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichtersteller **Mag. Wögerer**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Auch in dem vorliegenden Beschlußantrag geht es um eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, und zwar geht es hier um die Zusammenarbeit im Bauwesen, ganz konkret um die Umsetzung der EG-Bauproduktenrichtlinie. Es haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung der Ausschuß für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Rechtsausschuß mit dieser Materie befaßt. Diese Materie wurde dort mehrheitlich angenommen.

Ich darf daher das Hohe Haus bitten, diesen Beschlußantrag annehmen zu wollen.

**Präsident**: Ich danke. Die Berichterstattung über alle 14 Tagesordnungspunkte ist damit beendet. Wir kommen nun zur gemeinsamen Debatte, wobei ich bemerken möchte, daß General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Wolfgang Rauter das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dr. Rauter** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die heutige Landtagsitzung, in der es zu einer Reihe von Anpassungen von burgenländischen Landesgesetzen an die EWR-Rechtslage kommen soll, ist unserer Ansicht nach keinesfalls eine Sternstunde des Parlamentarismus, sondern vielmehr eine Trauerstunde und ein Trauertag für eine echte Demokratie. Es ist so, daß der Burgenländische Landtag heute zu einer Anpassungsmaschinerie für eine Entscheidung herangezogen oder mißbraucht wird, die auf Bundesebene gefallen ist, wo es weder eine Einbindung des Landesvolkes noch eine Einbindung des Bundesvolkes gegeben hat. Wir meinen, daß derart weitreichende Entscheidungen nur mit einer entsprechenden Einbindung der Bevölkerung erfolgen hätte dürfen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Der EWR, meine sehr geehrten Damen und Herren, bringt für Österreich, für das Burgenland, sicherlich weniger Demokratie aber mehr Zentralismus. Er führt dazu, daß der Burgenländische Landtag in wesentlichen Bereichen überhaupt keine Kompetenz mehr hat. Das heißt, er widerspricht in Wirklichkeit massiven Verfassungsgrundsätzen der österreichischen Bundesverfassung, wie zum Beispiel dem Legalitätsprinzip, dem demokratischen Prinzip und dem Prinzip der Gewaltenteilung. Über all diese Grundsätze hat sich die rot-schwarze Einheitspartei auf Bundesebene bedenkenlos hinweggesetzt und heute wird dies von der Einheitspartei auf Landesebene nachvollzogen.

Es hat in anderen Bundesländern wesentlich mehr Bedenken gegeben als im Burgenland. Das Burgenland ist offenbar braver Erfüllungsgehilfe der Parteizentralen auf Bundesebene, denn wenn wir uns anschauen, daß in Kärnten, in Tirol oder in der Steiermark die dortigen Ämter der Landesregierung sich massiv gegen diese Vorgangsweise ohne eine Befragung der Bevölkerung ausgesprochen haben, wobei ich hier ein Zitat anführen darf, dann sehen Sie schon, daß das Burgenland diese Sache etwas zu leicht genommen hat. Es bezeichnet zum Beispiel das Amt der Steirischen Landesregierung diesen Entwurf als einen „Schlag gegen das gewachsene Kultur- und Rechtsempfinden der österreichischen Bevölkerung“. Es wird gesagt, daß nicht der Weg der Überrumpelung der österreichischen Bevölkerung gegangen werden darf, sondern eine wesentlich vorsichtigere Vorgangsweise der Anpassung der österreichischen Gesetze an die der EG beziehungsweise des EWR zu wählen ist und mit den Bestimmungen der österreichischen Bundesverfassung sorgfältiger umgegangen werden sollte. All das interessiert Sie, meine Damen und Herren, offensichtlich überhaupt nicht.

Der EWR bringt weiters eine Beseitigung des Bankheimnisses in weiten Bereichen. Das Bankheimnis ist derzeit verfassungsrechtlich noch festgeschrieben. Auch das interessiert Sie nicht. Es führt zu einer Mehrbelastung der österreichischen Bevölkerung im Ausmaß von rund 1,5 Milliarden Schilling, weil Österreich ein Nettozahler ist. Jetzt werden Sie sagen: auf Dauer gesehen bringt es uns

Dr. Rauter

mehr Vorteile als Nachteile. Ja, aber bis dahin, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir durch eine schwache Verhandlungsposition der österreichischen Bundesregierung speziell im Burgenland die Nachteile auszubaden. Es steht jetzt fest, daß der EWR-Beitritt verbunden mit den Präferenz Zollabkommen zwischen der EG und Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zu einem Abbau der österreichischen Beschäftigungszahl im Ausmaß von zumindest 20.000 bis 30.000 Personen führen wird. Das heißt, speziell wir im Burgenland werden diesen EWR-Vertrag und den EG-Beitritt zu spüren bekommen, weil sich die österreichische Bundesregierung nicht durchsetzen konnte, weil hier diese Bevorzugung der ehemaligen Ostblockländer nicht ausgedehnt worden ist auf Österreich.

Das bedeutet, daß all das, was sich momentan im südlichen Burgenland abspielt – bei Packard Electric, bei Vossen, bei der Firma Lehner, bei der Firma Eternit, wo überall mit Personalreduktionen zu rechnen ist und diese zum Teil schon Platz gegriffen haben –, letztendlich darauf zurückzuführen ist, daß die österreichische Bundesregierung nicht stark genug die burgenländischen Interessen gegenüber der EG vertreten hat. Wie Sie das der burgenländischen Bevölkerung erklären können ist mir schleierhaft, das muß ich Ihnen sagen. Aber ich glaube schon, daß die burgenländische Bevölkerung sehr wohl Bescheid weiß, daß hier Interessen anderer Länder offensichtlich höher bewertet worden sind als jene des Burgenlandes. *(Beifall bei der FPÖ)*

Wenn es weiters zu einer Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes in die Richtung kommen wird, daß Wohnbauförderung auch an EWR-Bürger zu gewähren ist, dann frage ich mich schon, ob es hier nicht zu massiven Einschränkungen des Rechtes der burgenländischen Bevölkerung an der Gewährung von Wohnbauförderungsmitteln kommen wird. Ich könnte mir vorstellen, daß die Wohnbauförderung, wie sie derzeit im Burgenland besteht, und es ist eine gute Wohnbauförderung, da gibt es überhaupt keine Frage, für Personen aus Ländern, die mit materiellen Mitteln nicht so gesegnet sind, ein Anreiz sein könnte, hier Wohnbauförderungsmittel in Anspruch zu nehmen. Das wiederum würde dazu führen, daß die burgenländische Bevölkerung wesentlich längere Wartezeiten in Anspruch nehmen muß. Auch hier, glaube ich, daß eine bedenkenlose Anpassung äußerst problematisch ist.

Wir Freiheitlichen haben auf Parlamentsebene, aber auch im Landtag, zum Ausdruck gebracht, daß wir wollen, daß das Burgenland teilnimmt an einem größeren Europa. Wir haben aber auch zum Ausdruck gebracht, daß das nur dann möglich sein wird, wenn vorher abgeklärt wird, unter welchen Rahmenbedingungen wir in ein gemeinsames Europa gehen. Wir haben gesagt, es wird notwendig sein, daß man für die bäuerliche Bevölkerung die Existenz sichert, daß man durch eine Änderung der Steuergesetze sicherstellt, daß die Klein- und Mittelbetriebe eine entsprechende Eigenkapitalbildung vornehmen können. Wir haben gesagt, daß es notwendig sein wird, daß es für die ältere Bevölkerung zu einer Sicherung der Pensionen kommt, weil keiner von Ihnen kann heute sagen, wie sich ein EWR-Beitritt, wie sich ein EG-Beitritt auf die Pensionen auswirken wird. Sie gehen bedenkenlos in diesen EWR

und in weiterer Folge wahrscheinlich in die EG hinein, ohne sich Gedanken zu machen, was hier auf uns zukommt.

Am Anfang, als wir Freiheitlichen gemeint haben, man muß das vorher alles ausverhandeln, hat es von Ihrer Seite geheißt, die Freiheitlichen jammern schon wieder. Etliche aus Ihren Reihen haben in weiterer Folge bemerkt, daß es wohl notwendig sein wird, daß man sich vorher die Rahmenbedingungen anschaut. Und ich darf in diesem Zusammenhang den Generalsekretär der Industriellenvereinigung Dr. Cseska zitieren, der sagt: „Der EWR-Vertrag, das Abkommen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes zwischen der EG und den EFTA-Staaten wird dem Postulat, gleichberechtigte Integrationspartner zu schaffen, nicht gerecht. Somit wird das EWR-Abkommen die wesentlichen Konzessionen enthalten, die ein EG-Beitritt dem Beitrittswerber abverlangt, nämlich die bedingungslose Übernahme des Gemeinschaftsrechtes und die Aufgabe zahlreicher Souveränitätsrechte ohne dafür den entscheidenden Vorteil des Beitritts zu bringen.“ Das heißt, ein Vertreter, der aus dem ÖVP-Lager kommt und der ein hochkarätiger Wirtschaftsmann ist, zeigt hier die Bedenken haargenau in der gleichen Richtung auf, wie sie von der Freiheitlichen Partei aufgezeigt worden sind. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der EWR-Vertrag ist unserer Ansicht nach ein unnötiger und teurer Umweg zur Entscheidung über einen möglichen EG-Beitritt. Wir beginnen den Weg in die Europäische Integration damit, daß wir Arbeitsplätze vernichten und wirtschaftliche Chancen für die Zukunft vergeben. Bevor es ein Ja der FPÖ zu einem EWR-Abkommen und zu einem EG-Beitritt geben kann, müssen erst die Rahmenbedingungen verhandelt werden. Es müssen die Hausaufgaben, von denen wir immer wieder sprechen, zuerst gelöst werden. Daher können wir in konsequenter Fortsetzung dieser Politik auch zu diesen Anpassungsgesetzen, die heute auf der Tagesordnung stehen, keinesfalls ja sagen. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Ing. Gerhard Jellasitz das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Ing. Jellasitz** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst bin ich einmal ehrlich darüber froh, daß der Dr. Rauter wieder seine Sprache gefunden hat, das freut mich, denn ich muß ihm gratulieren. Ich gehöre jetzt nahezu zehn Jahre dem Burgenländischen Landtag an und habe es noch nie erlebt, daß wir bei einer Ausschusssitzung, wo 14 nicht unwichtige Tagesordnungspunkte zu behandeln sind, sich ein Abgeordneter kein einziges Mal zu Wort meldet, ja es nicht einmal der Mühe wert findet, das auch nur annähernd zu kommentieren. Ich bin daher froh, daß Sie heute wieder Ihre Sprache gefunden haben und gratuliere Ihnen, denn Sie haben damit den Rekord aufgestellt. Das ist noch keinem Abgeordneten gelungen, zu so einer wichtigen, wesentlichen Materie im Ausschuß kein einziges Wort zu sagen. *(Abg. Dr. Rauter: Abstimmungsmaschine habe ich gesagt.)* Das war bisher noch nie da.

Ing. Jellasitz

Herr Kollege Rauter, (*Abg. Dr. Rauter: Hören Sie besser zu.*) wissen Sie, Sie sind natürlich schon ein Mandatar, der in seiner ganzen Zwiespältigkeit sich heute wieder präsentiert hat. Sie haben gemeint, „das ist keine Sternstunde des Burgenländischen Parlaments, sondern ein Trauertag.“ Ich sage Ihnen, ich bin stolz darauf, daß wir heute als Burgenländer mit der Rechtsanpassung, die wir heute vornehmen, beim EWR-Vertrag einen großen Schritt in Richtung Europa machen. (*Abg. Nicka: Die Burgenländer sind nicht stolz darauf.*) Meine Damen und Herren, es stimmt ja nicht, daß keine Einbindung des Volkes gegeben wäre, denn die Vertreter des Volkes werden ordnungsgemäß in einer Demokratie noch immer gewählt und die Repräsentanten dieses Volkes haben selbstverständlich, meine Damen und Herren, auf allen entscheidenden Ebenen bei der Gestaltung dieses EWR-Vertrages mitgewirkt. (*Abg. Nicka: Doch, durch die Bundesverfassung.*)

Sie haben gemeint, „die Bundesregierung hat eine schwache Verhandlungsposition herausgearbeitet“. (*Abg. Nicka: Wie immer!*) Meine Damen und Herren, wissen Sie, das sind diese Pauschalvorwürfe ohne sie konkret belegen zu können. Ich möchte Ihnen sagen, für uns ist Europa mehr als nur eine wirtschaftliche Einheit. Für mich persönlich ist Europa auch griechische Philosophie, römisches Recht und abendländische Kultur. Und dazu bekennen wir uns auch ohne Vorbehalte. Die Neuordnung Europas, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine Aufgabe der Politiker, sondern wir müssen alle Bürger dieses Landes an dieser Neugestaltung Europas interessiert machen. Gerade wir sollten Animateure sein für dieses Europa. Wir müssen daher auch mit Interesse an unsere Sicherheit denken, wir sollten die Chancen nützen in diesem Europa, die sich zweifellos für alle ergeben und auch entsprechend wahrnehmen. Die Information darüber muß daher eine staatspolitische Aufgabe sein.

Ich bin dem Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Sauerzopf dankbar, der gestern in seiner Eigenschaft als Präsident des „Club Burgenland“ gemeinsam mit der „Paneuropabewegung“ eine europäische Veranstaltung in Eisenstadt durchgeführt hat. Und einer, der sich dort zu Wort gemeldet hat und den es auch galt zu seinem 80. Geburtstag zu ehren, Dr. Habsburg, hat gemeint, daß wir die Botschafter des Optimismus für dieses Europa sein müssen. Ich glaube das ist auch der Punkt, wenn wir uns gemeinsam zu der Geschichte dieses Kontinents bekennen und wenn wir uns auch gemeinsam zur Zukunft dieses Europas bekennen. Wir sind daher dabei, meine Damen und Herren, ein Europa der Vielfalt in Kultur und Mentalität mit einer eigenen Identität zu schaffen. Dieses Europa wird daher unsere gemeinsame Geschichte, unsere gemeinsame Zukunft und unsere Schicksalsgemeinschaft sein. Wir müssen daher mutig und aufgeschlossen im Geiste der Toleranz und der Solidarität in dieses neue Jahrtausend gehen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Und nun nur im Telegrammstil: Was bringt dieser EWR als Vorstufe zur Europäischen Gemeinschaft? Diese 12 EG-Staaten plus die sieben EFTA-Staaten werden in etwa einen Markt von 370 bis 380 Millionen Menschen bilden. Es gelten hier die Grundfreiheiten beim Waren-, Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr. Diese 19

Staaten in Europa werden für Zusammenarbeit stehen, und zwar auch bei internationalen Problemen wie Forschung und Entwicklung, Bildung und Umwelt, Verkehr und Wirtschaft und so weiter. Das heißt, hier wird es einen entscheidenden Erneuerungsschub, Motivationsschub auch in Österreich in dieser Richtung geben. Diese vier Grundfreiheiten sind das Herzstück auch des EWR. Wir werden daher mit dem Beitritt zum EWR etwa auch 60 Prozent des EG-Rechtes für Österreich beanspruchen.

Das heißt, das Burgenland, meine Damen und Herren, ist, entgegen allen anderslautenden Behauptungen, gut vorbereitet. Der Landtag hat rechtzeitig einen Ausschuß für die EG und Integration in Europa eingesetzt. Die Regierung hat ein eigenes Europabüro mit einem Europabeauftragten installiert. Und die heutige Rechtsanpassung, meine Damen und Herren, für den EWR ist auch eine Entfernung der Diskriminierung von EG-Bürgern. Wir bekennen uns ausdrücklich und nachdrücklich dazu. Ich möchte mich auch an dieser Stelle für die gute Vorbereitung und gute Vorarbeit aller Beamten hier im Haus bedanken, an der Spitze auch beim EG-Beauftragten Mag. Grauszer, der es ermöglicht hat, daß heute rechtzeitig der Landtag diese entscheidenden Rechtsanpassungen vornehmen kann. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich verhehle aber nicht, daß vom EWR ausgeschlossen sind die Außenhandels- und die Zollpolitik der EG, die gemeinsame Agrarpolitik, die politische Zusammenarbeit, das heißt die politische Union, ... (*Abg. Nicka: Hört, hört!*) Hört, hört, wenn Sie etwas hören wollen, Herr Kollege, kann ich Ihnen etwas zitieren. Ich nehme an, Sie lesen auch die Bücher Ihres Parteiobmannes. (*Abg. Nicka: Das Freiheitliche Buch, mehrere Bände davon.*) Das stört Sie scheinbar bei der politischen Union der EG. Die Freiheitliche Partei hat ja über Jahre hindurch immer in Anspruch genommen, sie seien die Vorreiter für die Europäische Gemeinschaft. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rauter*) Und jetzt plötzlich wird wieder die Kurve genommen mit 180 Grad. Ich unterstelle Ihnen, Sie wissen nicht was Sie wollen. Das ist die Wahrheit. (*Beifall bei der ÖVP*) Sie wollen nur Unruhe stiften. (*Abg. Nicka: Ja zu Europa, aber.*)

Meine Damen und Herren, die FPÖ, und ich zitiere jetzt wörtlich Ihren großen Führer, sagt zur politischen Union, ich zitiere wörtlich: „Ja ist es wirklich das Ziel der Österreicher mit dieser politischen Union, so wie sie sich heute darstellt, anstelle einer österreichischen, einer deutschen, einer französischen Staatsbürgerschaft eine europäische Bürgerschaft zu haben, die letztlich auch bedeutet, daß jeder EG-Ausländer bei uns selbstverständlich mit entsprechenden Wahlrechten ausgestattet sein würde.“ Ende des Zitates. Sehen Sie, darum geht es Ihnen. Wörtliches Zitat, Sie bezeichnen die Europäer als Ausländer. Es geht Ihnen darum, daß Sie dagegen sind, daß die das Wahlrecht in Anspruch nehmen. Seite 53, wörtliches Zitat des Dr. Haider. (*Abg. Dr. Rauter: Wir wollen auch nicht, daß Kärntner bei uns arbeiten. – Abg. Nicka: Österreich zuerst, aber die Ausländer?*)

Und jetzt werde ich Ihnen sagen was der Dr. Haider und namhafte Vertreter Ihrer Partei bis vor kurzem noch dazu gesagt haben. (*Abg. Dr. Rauter: Maastrichter Vertrag*)

Ing. Jellasitz

Herr Dr. Rauter, zum selben Maastrichter Vertrag zur beabsichtigten politischen Union sagte der Nationalrat der FPÖ Helmut Peter: „Eine Alternative zum EWR ist weit und breit nicht in Sicht. Wir werden kaum in der Lage sein, auszudrücken, warum wir vielleicht gegen den EWR sind, aber für die EG.“ (Abg. Kaplan: *Hört, hört!*) Ende des Zitates. Meine Damen und Herren, ich zitiere wörtlich weiter den freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Helmut Peter zum Maastrichter Vertrag: „Der Maastrichter Vertrag ist ein ausgezeichnetes Papier, das weit über die wirtschaftliche Dimension hinausgeht.“ – Helmut Peter im freiheitlichen Pressedienst, September 1992. (Abg. Dr. Rauter: *Das ist die Meinungsvielfalt.*) Das ist die Meinungsvielfalt, Herr Dr. Rauter. (Heiterkeit) Das ist ein Witz, das sage ich Ihnen. Das ist die Verblödung, die Sie in weiten Kreisen der österreichischen Bevölkerung vornehmen wollen. Und dazu stimmen wir nicht zu. (Beifall bei der ÖVP – Abg. Dr. Salzl: *Das ist dasselbe.* – Abg. Dr. Rauter: *Wir haben keinen Klubzwang.*)

Herr Dr. Rauter, Sie haben keine eigene Meinung, sondern Sie geben die Meinung Ihres großen Führers wieder. Unzensuriert und auch unbeschadet dessen, wie er sich widerspricht. (Abg. Dr. Salzl: *Ich sage es niemand.*) Darf ich Ihnen Jörg Haider weiter zitieren. Man muß nur Haider gelegentlich gegenüberstellen, um zu sehen, (Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) wie unglaublich Sie in vielen Fragen sind. Ich zitiere wörtlich den Dr. Haider: „Nur die EG kann verhindern, daß Österreich zu einer europäischen Bettlerrepublik wird.“ – Jörg Haider im freiheitlichen Pressedienst, März 1987. Jörg Haider in der „Presse“, Jänner 1988, wörtliches Zitat: „Da die ‚Bremser vom Dienst‘, Mock und Graf, in der Europapolitik nicht vorwärtskommen, wird die FPÖ dafür sorgen, daß Österreich nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag der EG angehört.“ Ende des Zitates. Es versteht Sie niemand, Herr Kollege. (Abg. Nicka: *Vorsichtig, vorsichtig, Herr Kollege.*) Ich glaube manchmal, Sie selbst verstehen sich nicht. Sie wollen einfach vieles nicht verstehen. (Abg. Nicka: *Machen Sie doch die Augen auf, Herr Kollege.*) Ich habe die Augen offen, Herr Kollege Nicka, im Gegensatz zu Ihnen. Sie laufen blind Ihrem großen Führer nach und plappern alles nach was er Ihnen vorgibt. (Abg. Nicka: *Ja zur EG, aber mit Vorbehalt!*) Ich zitiere Ihre großen Bundespolitiker weiter. (Abg. Nicka: *Herr Kollege, zitieren Sie einmal den Busek.*) Dazu komme ich schon. (Abg. Dr. Rauter: *Wir sagen ja zu Europa. Sie wollen blind hinein.* – Heiterkeit bei der ÖVP) Der Vizekanzler Busek widerspricht sich nicht so eklatant wie Sie. (Abg. Dr. Salzl: *Zitieren Sie einmal Dr. Busek!*) Wieder ein Zitat von Heide Schmidt in der „Presse“, September 1992. (Zwiegespräche in den Bänken. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Dr. Salzl: *Speziell in der Ausländerfrage.*)

**Präsident** (abermals das Glockenzeichen gegend): Der Herr Abgeordnete Jellasitz ist am Wort. Bitte.

Abgeordneter Ing. Jellasitz (ÖVP) (fortsetzend): Heide Schmidt sagt eindeutig: „Unsere Absicht, EG-Mitglied zu werden, ist ungeboren.“ Heide Schmidt, Bundesparteiobmann-Stellvertreterin im September 1992. Weiters, ich zitiere Helmut Peter wieder: „Ein Nein der FPÖ ist für mich undenkbar.“ Ich zitiere weiters den FPÖ-

Generalsekretär Walter Meischberger, wörtliches Zitat: „Kein freiheitlicher Politiker ist für einen derzeitigen EG-Beitritt.“ (Abg. Dr. Salzl: *Kommt die ÖVP, dann ist es unverständlich.*) Herr Kollege Salzl, kein freiheitlicher Politiker ist für einen derzeitigen EG-Beitritt. Und Meischberger weiter: „Ich schließe auch aus, daß etwa Heide Schmidt oder Helmut Peter anderer Meinung als Haider und ich sein könnten.“ – Walter Meischberger in einer Pressekonferenz, August 1992.

Ja meine geschätzten Abgeordnetenkollegen, schämen Sie sich wirklich nicht, bei diesen divergierenden Aussagen sich hinzustellen, darüber zu lächeln und sich lustig zu machen und zu sagen, das sei Meinungsvielfalt? Das ist Meinungsvielfalt, wie Sie das verstehen. Das ist Irritation, das ist Orientierungslosigkeit und ist im höchsten Maße zu verurteilen. (Beifall bei der ÖVP) Das sage ich Ihnen. Ich könnte jetzt stundenlang diese gegensätzlichen Meinungen fortsetzen. Ich will Sie aber damit verschonen. Die Öffentlichkeit soll sich ein Bild machen über Ihre verschiedensten Aussagen.

Ich möchte vielleicht in kurzen Sätzen noch auf die Vorteile des EWR verweisen, weil der Dr. Rauter versucht hat, hier entscheidende Nachteile herauszuarbeiten:

Wir haben damit die Verringerung der Gefahr einer Ausgrenzung von der wirtschaftlichen und sozialen Integration. Es wird eine Verbesserung der Standortgunst für ausländische Investoren geben. Es wird die Zunahme des Beschäftigungsniveaus erfolgen. Wir erwarten dadurch auch einen Wirtschaftsaufschwung. Es wird weiters eine Senkung des Preisniveaus um etwa 3,5 Prozent geben und damit mehr Kaufkraft für die Österreicher. (Abg. Dr. Rauter: *Warum? Warum?*) Es wird weiters budgetäre Einsparungen geben. Bei den öffentlichen Auftragsvergaben wird es zu mehr Wettbewerb, zu mehr Konkurrenz kommen und damit auch zu günstigeren Angeboten. Wir haben die Chance, daß wir durch den EWR die Teilnahme an allen europäischen Forschungsprojekten absichern. Es wird der Zugang zu allen europäischen Bildungsprogrammen möglich. Und, meine Damen und Herren, die freie Erwerbstätigkeit in allen EWR- und EG-Ländern ist ja auch, besonders für unsere Jugend, eine große Chance und eine große Herausforderung.

Das heißt, meine Herren von der FPÖ, wenn Sie sich seriös mit den Möglichkeiten, mit den Vorteilen eines EWR-Beitrittes befaßt hätten, (Abg. Dr. Salzl: *Wir befassen uns eindringlicher als andere.*) dann müßten Sie auch zugeben, daß es natürlich eine Reihe von großen Chancen für das Burgenland gibt. (Abg. Nicka: *Fragen Sie doch die Bauern. Die werden Euch etwas erzählen.*) Selbstverständlich gibt es auch Nachteile. Selbstverständlich müssen wir uns mehr als bisher anstrengen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Das soll und darf man überhaupt nicht verschweigen. Aber die gäbe es ja auch ohne EWR und ohne EG. (Abg. Dr. Rauter: *Wer ist schuld daran?* – Abg. Nicka: *Sie könnten besser verhandeln.*)

Jetzt hätte ich gerne gewußt, meine Kollegen von der FPÖ, was ist Ihre Alternative? Sie haben bisher in keinem

Ing. Jellasitz

einzigen Satz herausgearbeitet, was Ihre Alternative ist. Wir laufen nämlich Gefahr, (*Abg. Dr. Salzl: Sie reiben mit, Sie zerreiben die Gespräche.*) Herr Kollege Salzl, das wissen Sie ganz genau, daß wir aufgerieben werden zwischen den beiden großen Blöcken in Europa, nämlich zwischen der Europäischen Gemeinschaft, die sich zusammenschließt, und den osteuropäischen Staaten, die derzeit um die Demokratisierung ringen, um die wirtschaftliche Stabilität ringen. Und das ist auch eine große sicherheitspolitische Frage für dieses Land und für die Zukunft unserer Menschen. Und hören Sie auf zu demagogisieren und zu polemisieren. (*Abg. Nicka: Warum haben die Polen ein besseres Ergebnis?*) Es ist doch Ihre bisherige Politik, daß Sie nämlich versuchen, in das politische Nirwana zu führen. Und da werden wir nicht mitmachen. (*Abg. Dr. Salzl: Schauen Sie nach Ungarn, in die Türkei und und*) Wir werden konkret sagen, wo die Vor- und Nachteile liegen. (*Abg. Dr. Rauter: Bedenken Sie auch die vielen Risiken, die es gibt.*)

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es auch Risiken. Natürlich gibt es auch Gefahren, davon spricht aber auch die ÖVP immer wieder. Und selbstverständlich ist gerade die Landwirtschaft im enormen Maße betroffen. Aber das ist ja auch ohne EWR der Fall. Denn gerade Sie, Herr Kollege Salzl, sollten wissen, daß zwei Drittel der agrarischen Exporte in die Europäische Gemeinschaft gehen. Gerade Sie sollten wissen, wenn die Grenzen dicht gemacht werden in Richtung Westen, daß für uns der Osten noch keine wirtschaftliche Alternative ist. Wir laufen Gefahr, daß wir zwischen diesen beiden Blöcken zerrieben werden. (*Abg. Dr. Salzl: Wir können doch keine Einbahnstraße sein.*) Es geht nicht um die Einbahnstraße, sondern es geht darum, daß wir die Zukunft in der Wirtschaft sichern, daß wir überhaupt die entscheidenden Sicherheitsfragen, die auch mit den ökonomischen Verbindungen in Europa gegeben sind, daß wir die einfach heute manifestieren.

Und einige Punkte und Argumente noch aus der Sicht des Burgenlandes allein. Der EWR bringt zwar keine Zollunion, das ist richtig, aber wir werden sicherlich genauso, wenn nicht noch größere Probleme haben, wenn wir nicht im EWR und in der EG sind. Ich denke hier nur an die Veredelung zum Beispiel bei den Textilbetrieben. 2. Im Bereich der neuen Verträge EG–Osteuropa (*Abg. Dr. Rauter: Ihr habt schlecht verhandelt.* – *Abg. Nicka: Die haben keine Ahnung.*) und EFTA–Osteuropa entstehen neue Probleme. Es müßte das System von den Ursprungsregeln in unserem Interesse aufrecht erhalten bleiben. Wir spüren das doch jetzt schon, welche Benachteiligung das Burgenland durch die Assoziationsverträge der EG und den osteuropäischen Staaten hat. (*Abg. Dr. Rauter: Und in der EG? Welche Benachteiligungen!*) Aber Herr Dr. Rauter, die sind ja nicht wegzudiskutieren, wenn wir nicht hineingehen, sondern wir haben die Chance, wenn wir drinnen sind.

Schauen Sie, unmögliche und dumme Argumente werden ja nicht klüger, wenn sie öfter wiederholt werden. Es ist doch pervers. (*Beifall bei der ÖVP*) Sie wissen doch ganz genau, daß beim derzeitigen Stand der wirtschaft-

lichen Verflechtungen, der politischen Zusammenhänge und der europäischen Verzahnung eine Lösung aller Probleme nur international möglich ist. Im Verkehrsbereich, im Umweltbereich und auch in der Sicherheitsfrage. Und daher gibt es gar keine Alternative (*Abg. Dr. Rauter: So eine starke Position; die bringen aber nichts weiter.*) als die Zusammenarbeit in ganz Europa. Der Beitritt gerade auch für das Burgenland im Zusammenhang mit dem EWR und mit der EG, wird eine Stärkung der Regionen bringen. Herr Dr. Rauter, Sie müssen wissen, daß etwa 85 Prozent der gesamten Industrieexporte des Burgenlandes in den EG-Raum gehen; 75 Prozent der gesamten Agrarexporte gehen in den EG-Raum. Und jetzt gibt es dann Politiker, die allen Ernstes sagen: weder dem EWR beitreten noch in die EG zu gehen. Das ist ja Fahrlässigkeit, wenn man diese Probleme nicht erkennt und nicht entsprechend vorsorgt. (*Abg. Dr. Salzl: Auch vorher war das so.* – *Abg. Dr. Rauter: Sind wir vielleicht jetzt dabei?*) Und nun ein Wort auch, Herr Kollege Salzl, zur Landwirtschaft. Es wird der Kollege Berlakovich nach mir auch dazu noch Stellung nehmen. Aber ein bißchen verstehe ich auch davon. (*Abg. Kaplan an Dr. Rauter: Aber Sie verstehen es nicht.*) Das mag schon sein, aber mit Ihnen messe ich mich noch locker. (*Beifall bei der ÖVP* – *Abg. Dr. Salzl: Aber wenig verstehen Sie. Der Erfolg hat es ja gezeigt.*) Im Schlaf können Sie mich aufwecken. Ich messe mich mit Ihnen noch zu jeder Zeit.

Meine Damen und Herren! Es wird auch für die Absatzmärkte der österreichischen Landwirtschaft wichtig sein, daß wir einem größeren Markt angehören. Und für die Strukturpolitik im agrarischen Bereich, da gebe ich Ihnen recht, wird man sehr viel tun müssen. Herr Kollege Salzl, Ihre Partei war ja über Jahre hindurch in der Bundesregierung (*Abg. Dr. Salzl: Wir haben es bis jetzt vertragen.*) und haben dort kläglich versagt. Wenn ich mir diese Witzfigur eines Dr. Steger in der Bundesregierung seinerzeit angeschaut habe, mit allen Ihren Kommilitonen . . . (*Abg. Dr. Salzl: Und wer sitzt in den Kammern?*) Und der Dr. Haider, der ja damals auch im Nationalrat gesessen ist. (*Abg. Kaplan: Das ist ein Kasperltheater, die gehören in die Psychiatrie. – Unterhaltung in den Bänken. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Herr Kollege Rauter, es tut Ihnen sicherlich weh, wenn wir die Hand in Ihre offenen Wunden legen.

Und lassen Sie mich zur Agrarpolitik noch folgendes ausführen, Herr Kollege Salzl. (*Zwiesgespräche in den Bänken.*) Als die FPÖ mit der SPÖ in der Bundesregierung war, haben Sie nicht nur dazu beigetragen, daß es dreimalige Erhöhungen der Einheitswerte gegeben hat, daß es eine Absenkung der Subventionen für die Landwirtschaft gegeben hat, eine permanente Belastung für die Bauern gegeben hat, sondern Sie haben auch nichts dazu getan, daß es besser geworden wäre. (*Abg. Dr. Salzl: Und die Getreidepreise?*) Und das ist die Wahrheit. Das kann ich jederzeit an Hand von Fakten beweisen. Ich gebe Ihnen recht, wenn wir die Situation der EG-Bauern und der österreichischen Bauern vergleichen. Wie schaut die Unterstützung der EG-Bauern aus, gegen die Sie sind? In Deutschland zum Beispiel bekommen die Bauern für die Agrarstrukturpolitik 63.360 Schilling pro Betrieb, in Österreich 23.900 Schilling pro Betrieb. Das heißt, hier gilt es eine

Ing. Jellasitz

Wettbewerbsgleichheit zu schaffen, eine Chancengerechtigkeit für die österreichischen Bauern herzustellen. Dafür müssen wir uns gemeinsam einsetzen. Dazu bekennen wir uns auch. (Abg. Dr. Rauter: *Wie schaut die Struktur aus? Berichten Sie darüber. – Zwiegespräche in den Bänken.*)

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter Rauter, bitte melden Sie sich dann zu Wort. Sie können dann dazu Stellung nehmen, aber lassen Sie jetzt den Abgeordneten Jellasitz aussprechen.

Abgeordneter **Ing. Jellasitz** (ÖVP) (fortsetzend): Herr Dr. Rauter, wissen Sie, ich nehme ja die Diskussion mit Ihnen gerne auf, Sie sind ja so leicht herzeigbar in Ihren Widersprüchen. Man muß nur mit Ihnen offen diskutieren. Wenn Sie oberflächlich polemisieren, und sich das jemand gefallen läßt, dann ist er verloren. Nur, wenn man in die Sache genauer einsteigt, wenn man Sie an Hand von Fakten und konkreten Zahlen überführt, dann heulen Sie auf, weil Sie wissen, daß Sie getroffen sind, daß Sie mit Ihren Unwahrheiten, Halbwahrheiten und demagogischen Äußerungen überführt sind. Das können Sie mit mir nicht machen.

Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, und besonders meine Herren von der Freiheitlichen Partei, diese ÖVP – und darauf bin ich besonders stolz – war die erste Partei, die sich zu Europa bekannt hat. Unser Minister Dr. Mock hat den Antrag eingebracht. Nach langem Zögern hat sich die SPÖ dann auch bereit erklärt uns zu folgen. Die Freiheitliche Partei hat uns immer beschuldigt, daß es zu langsam geht. (Abg. Dr. Rauter: *Wir waren die ersten!*) Und jetzt, wo wir dabei sind, das zu realisieren, jetzt geht es Ihnen wieder zu schnell. Jetzt möchten Sie noch verhandeln, jetzt möchte der Dr. Haider noch der große Zampano in ganz Europa sein und möchte sozusagen die Europäische Gemeinschaft in die Knie zwingen. Und sehen Sie, das ist unseriös, das ist unfair, (Abg. Dr. Rauter: *Wer war der erste?*) das ist keine Politik, die dieses Land verdient. Wenn wir in die Zukunft schauen, und das ist unsere Aufgabe als burgenländische Politiker, dann haben wir einfach nach Abwägen aller Für und Wider, aller Pro und Kontras ein eindeutiges, klares Ja zu Europa zu sagen; und das tun wir auch.

Und wer gerade in den letzten zwei oder drei Tagen, meine Damen und Herren, und das sage ich mit etwas Pathos, die Nachrichten verfolgt hat, die internationalen Medien sich angeschaut und die internationalen Ereignisse verfolgt hat, der muß doch spüren, daß sich hier eruptiv in Europa etwas ereignet, wenn in Jugoslawien gestern 180 Tote zu verzeichnen sind in Sarajewo, wenn in den baltischen Ländern die Kommunisten wieder über demokratische Wege an die Macht gelangen, wenn es in Deutschland heute in der Früh drei Tote wegen ausländerfeindlicher Ausschreitungen gegeben hat. Und meine Damen und Herren, wenn wir uns anschauen, wie unsicher Europa geworden ist, ja dann können wir doch nicht hergehen und uns separieren, können wir doch nicht nationalistischen Politiken das Wort reden, (Abg. Dr. Rauter: *Das ist bei Ihnen ein dauernder Widerspruch – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) dann können wir doch nicht,

Herr Kollege Rauter, der Radikalität den Vorrang geben. (Abg. Dr. Salzl: *Die Türken, die Kurden . . . – Der Präsident gibt abermals das Glockenzeichen.*)

Auch hier ein ernstes Wort und einen ernststen Appell an Sie. Hören Sie auf, die Gesellschaft in Österreich zu radikalisieren, hören Sie auf, politisches (Abg. Dr. Salzl: *Das sind doch linke Gruppierungen.*) Kleingeld kassieren zu wollen in dieser sensiblen Frage, wo es tatsächlich um die Zukunft dieses Landes geht und wo wir aus der Geschichte, aus unserer eigenen Geschichte, mehr lernen sollten, als wir das bisher getan haben. Sie haben anscheinend nicht aus der Geschichte gelernt. Ingeborg Bachmann hat geschrieben „die Geschichte lehrt dauernd, nur sie bildet so wenig Schüler“. Ich appelliere daher an Sie, diese Europadiskussion mit mehr Ernst, mit mehr Sachlichkeit, mit mehr Solidarität zu führen und aufzuhören zu polemisieren.

Die ÖVP hat sich von Anbeginn an für dieses Europa entschieden. Wir stehen mit allen Vor- und Nachteilen dazu. Wir werden dazu auch beitragen, daß es dieses geeinte Europa auch in Zukunft gibt und werden mitwirken, wo wir nur können. Der heutige Beschluß zur Rechtsanpassung im Zusammenhang mit dem EWR ist der erste Schritt in Richtung Europa. Wir bekennen uns dazu. (Beifall bei der ÖVP – Abg. Dr. Rauter: *Herr Präsident die tatsächliche Berichtigung!*)

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Rauter. Ich mache Sie nur auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung aufmerksam.

Abgeordneter **Dr. Rauter** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte auf die Vielzahl der Unwahrheiten, die hier vom Kollegen Jellasitz von sich gegeben wurden, im Detail nicht eingehen. Nur eine sei erwähnt: Sie sagen, die ÖVP sei die erste Partei gewesen, die für den EG-Beitritt gewesen ist. In den 60er und 70er Jahren hat die FPÖ insgesamt vier diesbezügliche Anträge im Parlament eingebracht, die von der ÖVP und SPÖ abgelehnt worden sind. (Zwischenruf des Abg. Dipl. Ing. Berlakovich) Uns unterscheidet eines: daß wir immer gesagt haben, Kollege Berlakovich, es müssen vorher die Rahmenbedingungen ausverhandelt werden.

Und, Kollege Jellasitz, wie widersprüchlich Sie in Ihrer Argumentation waren, das haben Sie ja auch darin gezeigt, daß Sie gemeint haben: Österreich kann nur in einem gemeinsamen Europa die Sicherheit finden. Vorher haben Sie gesagt: Es brennt überall, drei Tote im Zusammenhang mit Ausländerproblemen. Wissen Sie, wo es die drei Toten gab? In Deutschland, (Abg. Thomas: *Das ist doch kein Widerspruch, Herr Kollege. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) wo doch Deutschland schon in der EG drinnen ist. (Abg. Thomas: *Das sind doch keine Unwahrheiten!*)

**Präsident** (abermals das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter! Sie haben zur tatsächlichen Berichtigung das Wort, aber nicht zu einem Debattenbeitrag. Sie können sich anschließend zu Wort melden. Derzeit geht es um die tatsächliche Berichtigung.

Dr. Rauter

Abgeordneter **Dr. Rauter** (FPÖ) (*fortsetzend*): Herr Präsident, wenn der Kollege Jellasitz wahrheitswidrig behauptet, daß die ÖVP die erste Partei gewesen sei . . . (*Präsident Dr. Dax: Das ist in Ordnung.*) Herr Kollege Jellasitz, ich kann Ihnen nur eines sagen: Durch die Wiederholung von Unwahrheiten . . . (*Abg. Kaplan: Ist das eine tatsächliche Berichtigung oder ist es nur Polemik? – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Herr Kollege Jellasitz, ich kann Ihnen nur sagen, nehmen Sie es mit der Wahrheit ein bißchen ernster. (*Zweigespräche in den Bänken.*) Wenn Sie sich herausstellen und Unwahrheiten von sich geben, bedauerlicherweise unter dem Applaus Ihrer Fraktion, dann wird es schlicht und einfach so nicht gehen. (*Abg. Thomas: Wir brauchen keine Belehrung.*)

**Präsident** (*abermals das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter bitte zu Ihrer Wortmeldung hinsichtlich der tatsächlichen Berichtigung.

Abgeordneter **Dr. Rauter** (FPÖ) (*fortsetzend*): Er hat auf den Agrarbereich verwiesen und hat gesagt, daß im EG-Bereich die Unterstützungen für den bäuerlichen Betrieb wesentlich höher sind als in Österreich. Erstens einmal die Unwahrheit, daß natürlich die Größe der Struktur im EG-Bereich eine ganz andere ist als in Österreich. Es gibt dort wesentlich größere Betriebe. (*Zweigespräche in den Bänken.*) Lesen Sie das einmal nach, Herr Kollege Jellasitz. Dort ist die Struktur wesentlich größer. (*Abg. Ing. Jellasitz: Stimmt ja gar nicht. Das ist nur lautes Gerede. Bleiben Sie bei der Wahrheit!*)

Und zweitens, Kollege Jellasitz, die FPÖ hat im Parlament schon lange einen Antrag eingebracht auf Direktzahlungen für die bäuerlichen Betriebe im Ausmaß von 70.000 Schilling und mehr. Sie und Ihre Fraktion haben dagegen gestimmt. Das heißt, insgesamt gesehen, Kollege Jellasitz, bleiben Sie ein bißchen mehr bei der Wahrheit, das wird besser sein. (*Beifall bei der FPÖ*)

**Präsident**: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Frasz das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Frasz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frage, wer als erster den Antrag gestellt hat, der EG beizutreten, ist für mich nicht entscheidend. Ich kann für meine Fraktion behaupten, daß wir nicht nach längerem Zögern, sondern nach einer genauen Prüfung, diesen Antrag eingebracht haben und daß wir auch in Hinkunft alles daransetzen werden, daß nach dem ersten Schritt EWR der Beitritt zur EG von Österreich aus folgt. (*Beifall bei der SPÖ*)

Zweitens. Der Kollege Kaplan hat einen Zwischenruf gemacht. Ich wäre schon glücklich, wenn sich die Kollegen von der Freiheitlichen Partei ein bißchen ernsthafter hier im Hohen Haus mit dieser Frage beschäftigen würden und nicht einen Zickzackkurs einschlagen würden, der fürchterlich aussieht, wenn man als unbeteiligter Beobachter zuhört. Und zwar haben Sie von der Meinungsvielfalt gesprochen, Herr Dr. Rauter, die im FPÖ-Klub herrscht. Meinungsvielfalt ist in Ordnung, aber wenn eine Person in zwei, drei Jahren drei- bis fünfmal die Meinung ändert, dann wird es bedenklich. Und noch mehr bedenklicher

wird es, wenn diese Person Obmann einer Partei ist, die behauptet, staatstragend zu sein. Das ist für mich das Fürchterliche. (*Abg. Dr. Rauter: Meinen Sie Vranitzky?*)

Ich habe mich bei der Vorbereitung auf diese Rede daran erinnert, daß Sie 1988 einen Antrag gestellt haben und zwar: Österreich muß alles tun, auch der Burgenländische Landtag, den nötigen Druck ausüben, damit in Wien von der Bundesregierung aus der Beitritt zur EG forciert wird. Ich habe mir das Stenographische Protokoll der damaligen Sitzung mitgenommen. Wenn ich da nur einige Passagen zitieren darf und Ihre Rede von heute höre, dann kann sich jeder unbeteiligte Zuhörer daraus seine entsprechende Meinung bilden: „Die Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um einen möglichst raschen EG-Beitritt Österreichs zu fordern.“ Heute haben wir etwas ganz anderes gehört. (*Abg. Dr. Rauter: Was hat man gehört?*) Der Herr Abgeordnete Dr. Rauter führte damals weiter aus: „Für Österreich ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo wir uns orientieren müssen, bekennen müssen, wohin wir gehören: zum Osten oder zum Westen. Es zeigt die Diskussion um die EG, um die Schaffung eines Binnenmarktes, daß es ein Dazwischen für Österreich in Zukunft nicht mehr geben wird.“ Sie haben damals völlig richtig argumentiert, warum wir zur EG müssen, heute aber nicht mehr. Aber das Schönste kommt noch, ich zitiere weiter: „Hüten wir uns davor, dem Argument der Kommunisten oder der Grünen, die vielleicht in einem ähnlichen Lager einzuordnen sind, zu folgen, . . .“ Heute sind Sie in dem Lager der Kommunisten und der Grünen von damals. Heute sind Sie genauso wie die Grünen und die Kommunisten, die damals den großen und den kleinen Fisch – wie Sie es hier gesagt haben – auf den Plakaten präsentiert haben, gegen die EG. (*Abg. Dr. Rauter: Seriöser Beitritt, die seriösen Leute.*)

Ihr Beitrag, den Sie heute geliefert haben, hat ungefähr eine Geradlinigkeit, gegen die die Semmeringstraße eine Neunkirchner Allee ist. Das ist die Katastrophe, und daher glaube ich, ist es fürchterlich, wenn man hier von Meinungsvielfalt redet. Meinungsvielfalt sind persönliche Meinungen, (*Abg. Dr. Rauter: Wir haben eben persönliche Meinungsäußerungen.*) aber grundsätzliche Meinungen können nicht in zwei, drei Jahren geändert werden. Herr Dr. Rauter man kann Sie mit einem Federballspiel vergleichen: Sie drehen sich in eine jede Richtung, und wenn Sie irgendwo eine halbe Wählerstimme in Aussicht haben, egal von welchem Lager, (*Abg. Nicka: Wir wollen nur ganze. Halbe wollen wir nicht.*) dann stürzen Sie sich auf diese Wählerstimme und es ist Ihnen gleichgültig, was mit diesem Österreich passiert. (*Abg. Nicka: Wir wollen nur ganze, keine halben Stimmen.*) An Ihrer Stelle, Kollege Nicka, würde ich ganz ruhig sein. Ihnen würde ich das empfehlen, was der Kollege Kaplan hier in einem Zwischenruf gesagt hat.

Aber nun grundsätzlich zur zweiten Frage. Der Liberalismus, der Herr Kollege Jellasitz hat das auch gemeint, radikalisiert. Das ist für mich das Fürchterliche. Man spricht gegen das Ausländische, gegen das Fremde, schürt Zwiebricht und Haß. Und dann setzt man, wenn wirklich etwas Fürchterliches passiert, eine Ergreiferprämie aus und will sich mit 20.000 Schilling loskaufen von der inneren

Frasz

Schuld, die man selbst spürt (*Abg. Dr. Rauter: Das ist eine Provokation. – Abg. Dr. Salzl: Das ist nach unten nivellieren.*) und man gemerkt hat, daß man nicht richtig liegt.

Das ist eine Politik, meine Herren von der Freiheitlichen Partei, die zutiefst zu verurteilen ist, die nicht gebilligt werden kann. (*Abg. Dr. Rauter: Umwelt, EG?*) Aber die burgenländische Bevölkerung wird Ihre Politik schon entsprechend beurteilen. Ich persönlich halte vom bevorstehenden EWR-Beitritt sehr viel. Gerade wir als Politiker haben eine sehr große Verantwortung, nämlich die, nicht jeden Tag in der Früh und am Abend nach Wählerstimmen zu jagen, sondern wie wir die Zukunft dieses Burgenlandes oder Österreichs gestalten werden. Hier, glaube ich, ist es unbedingt notwendig, den Willen zu haben, das Beste für dieses Land und für seine Bevölkerung zu tun. Nicht einzelne Gruppen sind entscheidend für mich bei diesem EWR-Beitritt oder beim EG-Beitritt, sondern das Gesamtwohl. Populistik ist hier überhaupt fehl am Platz.

Es steht eines fest, und das wird mir jeder einigermaßen ernsthaft Denkende bestätigen, daß es heute Probleme gibt, die ein Staat allein, noch weniger das kleine Burgenland, nicht mehr lösen kann, das ist der Umweltschutz, die Absicherung sozialer Errungenschaften, die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik. All das kann nicht mehr kleinräumig gesehen werden. (*Zwischenruf des Abg. Nicka*) Herr Kollege Salzl, Sie müßten das ja eigentlich wissen. Umweltschutz ist ja heute nicht mehr die Aufgabe eines Staates, Umweltschutz ist heute Aufgabe eines ganzen Kontinentes. (*Abg. Dr. Rauter: Umwelt, EG Sie glauben es?*) In einem Zeitalter von Tschernobyl müssen Sie doch begreifen, daß wir als Österreicher allein dagegen nichts unternehmen können, daß wir nur gemeinsam in einem Kontinent, in dem wir leben, für den Umweltschutz etwas tun können. (*Beifall bei der SPÖ*) Wenn Sie das nicht begreifen, tut es mir persönlich sehr leid. (*Abg. Dr. Rauter: Sie wissen nicht, was Sie reden.*)

Ich glaube, das Ziel, das wir haben müssen, ist hier nicht außerhalb zu stehen, sondern innerhalb. Mitentscheiden, nicht zusehen. Hier, glaube ich, ist der EWR und die EG die geeignete Plattform für die Lösung all dieser Probleme. Wenn wir nicht in diesen großen Wirtschaftsraum integriert werden, müßten wir uns als kleines Österreich unterordnen. Wenn wir in dieser EG vertreten sind, können wir aktiv mitgestalten. Das ist das Ziel, wenn wir von Europa reden. In Europa gibt es eine Reihe von Nationen, die sich verschiedentlich entwickelt haben, aber wir haben eines gemeinsam: wir leben auf einem Kontinent. Dieser Kontinent ist untrennbar verbunden mit unserem Schicksal, mit unserem zukünftigen Leben. Und wenn wir gegen die großen Wirtschaftsblöcke wie Asien oder USA zum Beispiel bestehen wollen, dann ist es notwendig, daß wir uns in diesem großen Bereich zusammenschließen.

Ziffern und Argumente greifen ja bei Ihnen nicht, ich möchte aber dennoch einige aufzeigen. In diesem EWR leben etwa 380 Millionen Menschen, die etwa 5.200 Milliarden Dollar erwirtschaften. USA, als einziger Staat mit 250 Millionen Einwohnern, bringt etwa die gleiche Wirtschaftskraft an den Tag. Deswegen, glaube ich, ist es notwendig,

um für diesen EWR, für diese EG alles zu tun. Wenn dieser EWR vielleicht mit 1. Jänner des kommenden Jahres zustande kommt, sind wir die größte Wirtschaftsregion der Welt, in der über 40 Prozent des Welthandels abgewickelt werden.

Und weil Sie hier gesprochen haben, wir sind ein Erfüllungsgehilfe, um Kompetenzen abzugeben. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rauter*) In der Schweiz ist es zum Beispiel verfassungsmäßig notwendig, daß über den Beitritt zum EWR eine Volksabstimmung abgehalten wird. Das ist eine verfassungsmäßige Bestimmung. Bei uns in Österreich wird kein Recht an ein außerösterreichisches Gremium abgegeben. (*Abg. Dr. Rauter: Sie wissen nicht wo von Sie reden. Das ist ja Unsinn.*) Ich weiß es ganz genau, Herr Kollege Rauter. Wir selbst passen unsere Gesetze an. Wir selbst haben das vorgesehen.

Und wenn wir uns diese 12 Anpassungsgesetze ansehen, diesen Ausländervorbehalt, der grundsätzlich überall drinnen ist, dann merken wir sehr wohl, daß wir diesen Ausländervorbehalt zur Kenntnis nehmen müssen, wenn wir in einen großen Wirtschaftsraum kommen. Aber spezifisch österreichische Belange bleiben wohl uns überlassen. Wenn wir uns zum Beispiel das Lichtspielgesetz anschauen: Die Konzession kann zwar an einen ausländischen Besitzer gegeben werden, aber über den kulturellen Bereich, der entscheidend für uns ist, ob dieses Produkt, das in diesem Lichtspieltheater gezeigt wird, kulturell entsprechend wertvoll ist, urteilen nach wie vor wir Österreicher. Wir entscheiden darüber, was hier gezeigt werden darf. Ein Ausländer kann von mir aus dieses Theater betreiben.

Die Ziffern, was uns der EWR bringt, hat der Kollege Jellasitz schon genannt. Für mich sind ein, zwei Ziffern interessant. In diesem EWR leben 7,1 Prozent der Weltbevölkerung. Diese 7,1 Prozent der Weltbevölkerung erbringen 30 Prozent der Weltwirtschaftsleistung, und über 40 Prozent, exakt sind es 43 Prozent, des Welthandels. Für uns Österreicher wird dieser Weg, den wir jetzt einschlagen, auch sehr viel bringen. Wir werden ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von fast drei Prozent erreichen. Unsere Leistungsbilanz wird um 3,1 Prozent steigen. Das mag für Sie vielleicht nichts sein, aber in Ziffern ausgedrückt ist es sicherlich gewaltig. Es wird zu einer Senkung der Inflationsrate um weit mehr als drei Prozent kommen. Das ist wichtig für den österreichischen Konsumenten. Auch die Beschäftigungsziffern werden um 30.000 steigen, das entspricht einer Senkung der Arbeitslosenrate um zirka 6,1 Prozent.

Ich glaube, das sind Ziffern, die gewaltig, die entscheidend sind und die genug Argumente liefern, damit wir diesem großen Wirtschaftsraum beitreten und diesem Wirtschaftsraum auch entsprechend positiv gegenüberstehen.

Sie haben hier von der großen Gefahr der sogenannten Reformländer gesprochen. Hier kann man eines sagen: Die EG-Kommission bezeichnet den EWR neben der EG als zweiten Pfeiler der gemeinsamen Politik und die Europaverträge mit den Reformländern Tschechoslowakei, Ungarn und Polen als den sogenannten dritten Pfeiler.

**Frasz**

Ich habe das Gefühl, daß Sie auch in diesem Bereich noch immer nicht überrissen haben, um was es hier geht. Damit wir diesen Nachteil, der uns droht, beseitigen, ist ein möglichst rascher Beitritt zur EG unbedingt notwendig. Jeder Mandatar im Burgenland, der hier im Hohen Haus gegen den Beitritt zum EWR beziehungsweise zur EG ist, gefährdet 1.000e burgenländische Arbeitsplätze, handelt verantwortungslos, ohne zu wissen, um was es geht, und verhindert dadurch in der Folge die Ansiedlung für das burgenländische Volk wichtiger neuer Betriebe. Ich bin der Meinung, daß gerade wir als Abgeordnete eine seriöse Aufgabe übernehmen sollten, um die Bevölkerung, die burgenländischen Frauen und Männer über die Notwendigkeit dieses EWR-Beitrittes zu informieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hier fallen mir die verschiedensten Titel der Medien ein, wie zum Beispiel: „Schrecken und Chancen des EWR“, „Agrarier fürchten sich vor dem EWR“, „Ausverkauf von Grund und Boden“ und „Lebensmittelrecht – strahlende Zukunft?“. Dagegen müssen wir Mandatare des Burgenländischen Landtages uns wehren. Wir sind nicht hier, um vom Rednerpult aus irgendwelche populistische Reden von uns zu geben, sondern um die Bevölkerung über die Notwendigkeit und über die Chancen, die uns aus diesem Schritt erwachsen, zu informieren.

Und da, glaube ich, ist es nach der heutigen Rede des Dr. Rauter zur EG fürchterlich, wenn man die damalige Meinung des Herrn Dr. Jörg Haider zur EG Revue passieren läßt, der zum Beispiel 1987 gemeint hat: „Nur die EG kann verhindern, daß Österreich zu einer europäischen Bettlerrepublik wird.“ Im Jahr 1988 meinte er, ich zitiere: „... daß die wirtschaftliche Zukunft Österreichs einzig und allein in der vollen Integration in die EG liegen kann...“, weiteres Zitat vom März 1989: „... daß es in Südtirol oder in Bayern, also in der EG, eine Renaissance des bäuerlichen Familienbetriebes gibt, während hier immer mehr Bauern zugrunde gehen.“ 1992 meint Dr. Haider, wörtliches Zitat: „Der EG-Beitritt ist nicht unverzichtbar... wir werden ohne die EG nicht zum Armenhaus.“ Ein weiteres Zitat vom August 1992: „... dann bleiben wir lieber als Österreicher in einer Freihandelszone und leben also auch ganz gut.“ Zitatende. Ist das seriös? Meiner Meinung nach ist das ein Ringelspiel, das ist kein seriöser Parteiobmann, sondern ein Scharlatan, dem Sie, Herr Landesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Dr. Rauter, in einer sehr jämmerlichen Art und Weise nacheifern. *(Abg. Dr. Rauter: 1987 hat es noch den Ostblock gegeben.)* Herr Abgeordneter Dr. Rauter, ich habe auch von 1988 und von 1989 gesprochen. Dieser Dr. Haider ist ein ganz jämmerlicher Scharlatan und Sie sind eine Kopie, die nicht, würde ich sagen, unbedingt die beste ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich bin der Meinung, daß wir alles tun sollten, um die Aufgabe der seriösen Information von hier aus vorzunehmen. Ich möchte meine Rede mit einem Zitat des ehemaligen Generalsekretärs der Österreichischen Industriellenvereinigung Prof. Krejci schließen, der gemeint hat, daß es, langfristig gesehen, sehr fatal und eine Katastrophe für Österreich wäre, wenn die Zukunft der Österreicherinnen und Österreicher nicht in Brüssel, im österreichischen Parlament, in den Landtagen oder von der Bevölkerung entschieden werden würde, sondern im Luftraum über den

österreichischen Birtischen. Und diese Birtische sind das Klima, diese Brutstätte, in der Sie sich am wohlsten fühlen. Wo man so herumreden kann, mit der Angst der Bevölkerung manipulieren kann, Leute, die nicht informiert sind, entsprechend... *(Abg. Nicka: Sie müssen das Ohr an das Volk legen.)* Kollege Nicka, da sind Sie ein Meister. Ich möchte Ihnen eines sagen, ich würde mich an Ihrer Stelle *(Abg. Nicka: Schämen Sie sich.)* als Prediger der evangelischen Kirche schämen, wenn ich so zwiespältig, in so einer Art wie Sie argumentieren würde. *(Abg. Nicka: Sie sind ahnungslos; schämen Sie sich!)* Ich würde die Funktion zurücklegen. *(Beifall bei der SPÖ)* Das wollte ich Ihnen schon lange einmal sagen. Das fällt mir ein, weil Sie sich immer so laut und so wortstark zu Wort melden. Das ist meine persönliche Meinung. Schämen Sie sich. Legen Sie Ihre Funktion zurück. *(Abg. Nicka: Schämen Sie sich, Herr Kollege, weil Sie falsch ausgesagt haben, vor Gericht falsch ausgesagt haben, dafür können Sie sich schämen.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter Nicka bitte halten Sie sich an die Ordnung des Hohen Hauses.

Abgeordneter **Frasz** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Wir von der sozialdemokratischen Fraktion werden jeden Schritt, der zum gemeinsamen Markt führt unterstützen. Wir sind für die Rechtsanpassung für den EWR-Bereich, wir sind für den EG-Beitritt.

Wir appellieren an alle, auch an jene in der Freiheitlichen Partei, die derzeit noch uneinsichtig sind, nachzudenken und mit uns diesen Weg in ein gemeinsames Europa zu gehen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsident**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl. Ing. Berlakovich. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dipl. Ing. Berlakovich** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich finde es traurig, daß dieses Hohe Haus, dieses Parlament, heute zu einer Stegreifbühne degradiert wurde. Hier auf der Galerie sitzen junge Menschen, die einen Eindruck vom Parlamentarismus gewinnen möchten. Stattdessen bekommen sie eine Gratisvorstellung der Ersatzlöwingerbühne, der FPÖ. Aber zurück zum Thema. *(Abg. Nicka: Die SPÖ hat nichts zu reden.)* Die Einigung Europas mit den bisherigen Methoden gleicht dem Versuch, ein Omelett zu backen ohne die Eier zu zerschlagen. Das Zitat des Historikers Paul Lacvoix aus dem 19. Jahrhundert zeigt, wie alt der Gedanke eines geeinten Europas ist, aber auch wie schwierig diese Einigung schon damals war. Und doch hat er sich in wesentlichen Dingen geirrt. Kein Staat Europas gleicht wie ein Ei dem anderen. Jedes Land hat seine Identität und Eigenart. Das Ziel eines vereinten Europas ist auch nicht ein Omelett, ein Einheitsbrei, sondern vielmehr ein reich gedeckter Tisch, auf welchem man die verschiedensten Speisen von unterschiedlichem Geschmack und unterschiedlichster Zusammensetzung findet. Und nur die Vereinigung dieser Vielfalt auf einer gemeinsamen Plattform gibt dem Ganzen Sinn und Harmonie.

Aber weg vom Lukullischen und zurück zur politischen Realität. Die europäische Einheit hat es trotz vieler Widerstände und Unkenrufe bisher sehr weit gebracht. Ich möchte hier nicht einen Ausflug in die Geschichte machen, die Fakten sind bekannt. Letztlich muß man aus heutiger Sicht den Quantensprung im Denken der damaligen Politiker erkennen. Hier setzten sich Staaten an einen Tisch der Zusammenarbeit, die sich jahrhundertlang bekämpften, um Macht und Einfluß über den anderen zu gewinnen. Und jetzt möchte auch Österreich als EFTA-Land Mitglied dieser EG werden. Warum eigentlich? Was ist in diese Politiker gefahren, daß wir plötzlich nicht mehr Insel der Seligen sind und daß wir uns verändern sollten? Oft stößt die EG-Debatte bei manchen auf Unverständnis. Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt, wir erfahren das aus den verschiedensten Statistiken und wird uns auch international immer wieder bestätigt. Wir leben in Frieden, wir haben uns einen Wohlstand erarbeitet. Wir haben unsere Identität, auf die wir stolz sind. Das Unverständnis wird noch größer, wie auch beim Dr. Rauter, wenn es heißt, daß wir Nettozahler sind, wir müssen mehr einzahlen als wir direkt aus der EG herausbekommen. Nicht berücksichtigt natürlich den Effekt für Wirtschaft, für Arbeitsplatz und so weiter, der dabei nicht berücksichtigt ist. Sie sagen Pakard Electric, Vossen und Lehner haben Probleme. Wir sind noch nicht einmal im EWR und die haben heute schon Probleme. *(Abg. Dr. Rauter: Abkoppeln bitte!)* Also ich sehe hier den Zusammenhang nicht. Die würden soundso Probleme bekommen, wie jedes Unternehmen, das in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommt und bei einem weltweiten Konjunkturabschwung Probleme erhält.

Dazu kommt, daß viele Menschen ein grundsätzliches Unbehagen vor Veränderungen haben, und lieber in gewohnten Bahnen gehen. Die Emotionen gehen hoch, die Sachlichkeit wird nicht akzeptiert und der Polemik ist Tür und Tor geöffnet. Nur, viele übersehen, daß sich unser geographisches, unser politisches und auch unser wirtschaftliches Umfeld total geändert hat. Europa beginnt sich neu zu strukturieren. Der Fall der kommunistischen Regime im Osten wurde von uns allen miterlebt. Diese Länder beginnen sich zu öffnen, die Völker beginnen nach Selbstbestimmung zu drängen, neue Staaten entstehen in diesem ehemaligen Ostblock und die EG selbst verändert sich. Das ist der springende Punkt. Sie bildet ab 1993 den Binnenmarkt, den es bisher noch nicht gegeben hat, in dem die vier Grundfreiheiten – sie wurden schon erwähnt – Ware, Kapital, Personen und Dienstleistung verwirklicht werden. Es werden Europaverträge mit den Reformländern abgeschlossen, und das ist gut so. Diese ehemaligen Ostblockländer sind wirtschaftlich darnieder, sie haben jahrzehntelang eine Zwangsherrschaft mit Planwirtschaft gehabt und es geht ihnen schlecht. Man muß ihnen helfen. Ich finde, es ist eine Schande, wenn die FPÖ Österreich mit diesen Reformländern vergleicht. Es ist eine Beleidigung für den Fleiß der Österreicherinnen und Österreicher, die viel geschaffen haben. *(Beifall bei der ÖVP)* Gott sei Dank müssen wir uns mit Ungarn, mit der Tschechoslowakei oder mit Polen nicht vergleichen. Uns geht es nicht so schlecht. Wenn wir aber diesen Ländern nicht helfen, alle gemeinsam, dann kommen wieder die alten Systeme hoch, und das will hoffentlich niemand von uns.

Der pazifische Raum, auch das ist angeschnitten worden, verändert sich auch. USA, Kanada, Mexiko bilden eine Freihandelszone mit 368 Millionen Menschen. Die beginnen sich auch attraktiver zu machen und den internationalen Gegebenheiten gegenüber zu verändern, und der Kollege Jellasitz hat es ja auch gesagt, die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft. Wir merken es bei den GATT-Verhandlungen. Im kleinen Kreis entscheiden geht nicht mehr. Größere Dimensionen sind immer mehr gefragt. Für Österreich stellt sich daher die Frage: Was tun? Oder, um mit Buseks Worten zu sprechen, der Unterschied zwischen EXPO und der EG: „Es fand und findet in beiden Fällen eine Volksabstimmung statt. Die EXPO wurde von der Bevölkerung abgelehnt, sie findet nicht statt. Wenn wir die EG ablehnen, findet sie trotzdem – ohne uns – statt und wir haben die Auswirkungen zu spüren.“ Daher kann unsere Absicht nur der Blick nach vorne und aktiv an der europäischen Integration mitzuarbeiten sein.

Warum ist diese EG überhaupt für uns Österreicher so interessant? Vorausschickend muß man natürlich sagen, daß jede Sache Vor- und Nachteile hat. Außerdem ist die EG intern ja auch einem ständigen Wandel unterworfen und verändert sich permanent. Aber in sachlicher Abwägung muß letztlich jeder zum Schluß kommen, daß ein EG-Beitritt dem Wohl der Österreicherinnen und Österreicher mehr nutzt als die Alternative, die wahrscheinliche Isolation. Die EG ist ganz einfach ein Mittel, um unsere Zukunft besser gestalten zu können. Die wesentlichsten Gründe dafür:

1. Die Nutzung von wirtschaftlichen Möglichkeiten und Chancen im Bereich der Bildung, der Wissenschaft und in anderen Bereichen. Die Zahlen des Wirtschaftsforschungsinstitutes bestätigen es, mittelfristig steigendes Bruttoinlandsprodukt und mittelfristig sinkendes Budgetdefizit, Arbeitslosigkeit und sinkende Konsumentenpreise.

2. Die Erhaltung unseres Wohlstandes und unseres Lebensstandards. Wir haben uns Wohlstand erarbeitet. Wir sind aber auch, unsere Wirtschaft, exportorientiert. Wir brauchen den Export, wir leben davon. Wenn jetzt dieser Binnenmarkt kommt und seine Grenzen dicht macht und die EG-Länder bevorzugt, so drohen unseren exportorientierten Unternehmen Wettbewerbsnachteile. Das kann zur Arbeitslosigkeit führen und unseren Lebensstandard ebenfalls senken.

3. Wir wollen ganz einfach an der europäischen Entwicklung teilnehmen. Österreich hat jahrhundertlang aktiv die Geschichte dieses Kontinentes geprägt und mitgeschrieben. Wir wollen kein Europaland der dritten Klasse werden, kein Statistendasein führen. Wir wollen hier mit-tun.

Und 4., ein wesentlicher Punkt, die Erhaltung des Friedens. Gibt es in der EG Kriege seitdem die EG gegründet wurde? Gott sei Dank gab es keine.

Neben den klassischen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ist meiner Meinung nach gerade heute der Friede der wichtigste indirekte Produktionsfaktor. Als Un-

Dipl. Ing. Berlakovich

ternehmer, aber auch als Arbeitnehmer ist für mich neben dem sozialen und dem wirtschaftlichen Frieden auch von Bedeutung, daß es in meinem Umfeld nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt und ich mich ökonomisch entfalten kann, egal ob ich ein Greißler, ein Bauer oder ein Arbeiter bin. Und daher ist es ja auch der logische Schritt der EG sich weiter zu entwickeln zu einer politischen Union mit Sicherheitssystem, gerade als Konsequenz aus der Machtlosigkeit der Jugoslawienkrise gegenüber. Natürlich ist dieses vereinte Europa auch eine Antwort auf den vielerorts aufkeimenden Nationalismus, der sich in der Vergangenheit sehr oft menschenverachtend gezeigt hat.

Österreich wird von der EG in einem Avis ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Unsere besondere Bedeutung zum Osten hin wird erwähnt. Natürlich soll man auch die Probleme nicht verschweigen. Die Landwirtschaft wurde schon erwähnt. Ein Problem ist, aber auch ohne EG, der Transit. Die Neutralitätsdebatte ist zu führen.

Was bedeutet nun dieser EWR für uns? Wozu brauchen wir ihn überhaupt, wenn wir in die EG wollen? 1984 haben EG- und EFTA-Staaten sich in der Luxemburger Erklärung geeinigt, einen Europäischen Wirtschaftsraum zu bilden. Das Ziel war dieses EWR-Abkommen, das den EFTA-Staaten die Beteiligung am EG-Binnenmarkt ermöglichen soll. Nicht alle EFTA-Staaten möchten derzeit Mitglied der EG werden. Sie hätten aber Wettbewerbsnachteile durch diesen EG-Binnenmarkt. Außerdem dauern die Verhandlungen über einen EG-Beitritt lange. Der EWR dient diesen Staaten, die beitreten möchten, dazu, Möglichkeiten der EG inzwischen wahrzunehmen. Im EWR werden ebenfalls die vier Grundfreiheiten beziehungsweise wesentliche Grundsätze des Binnenmarktes verwirklicht. Das Diskriminierungsverbot, die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen, die Angleichung von technischen Normen, was für unsere Wirtschaft bedeutet, nicht für jedes Land eigene Normen bei der Produktion berücksichtigen zu müssen, sondern eine einheitliche europäische technische Norm. Fragen Sie Unternehmer, die werden Ihnen bestätigen, wie wichtig das für sie ist. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Umwelt und Sozialpolitik ist ebenfalls zu erwähnen. Einige Bereiche wurden nicht erfaßt, so zum Beispiel die Landwirtschaft. Hier gibt es bilaterale Abkommen, Sonderregelung mit der EG bezüglich Wein, Käse, Fleisch und Fruchtsäfte, die sich im günstigen Rahmen für Österreich bewegen. Auch gibt es ein Rinderabkommen. Der Transitvertrag wurde abgeschlossen und soll die Thematik des Transits regeln.

Der Nachteil des EWR: Die Grenzkontrollen und die Ursprungsregelungen im Warenverkehr bleiben bestehen. Und man hat, das stimmt, wenig Mitsprachemöglichkeit bei EG-Entscheidungen. Es wurde auch erwähnt, daß wir 60 Prozent des EG-Rechts, des gemeinsamen Rechtsbestandes übernehmen sollen.

Eine Reihe von Gesetzen werden heute novelliert. Ich möchte die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken herausgreifen. Die Novelle des Bundes-Verfassungsgesetzes 1992

sieht vor, daß die Zuständigkeit des Verkehrs mit bebauten Grundstücken und mit Baugrundstücken in die Kompetenz der Länder fällt. Die Vereinbarung, die wir heute hier beschließen werden ist notwendig, um die in diesem Zusammenhang stehenden zivilrechtlichen Fragen bundesweit einheitlich zu regeln. Der Bundesgesetzgeber ist zwar weiterhin für das Zivilrechtswesen zuständig, diese Vereinbarung bindet ihn aber, daher ist die Genehmigung durch den Nationalrat notwendig. Wir können die nach der Bundesverfassungsgesetz-Novelle übertragene Kompetenz betreffend den Grundverkehr erst dann wahrnehmen, wenn die heute vorliegende Vereinbarung mit dem Bund getroffen wurde. Es wird uns auch im EWR möglich sein, den Grundverkehr selbst zu regeln, mit der Einschränkung, daß EWR-Bürger gleichgestellt werden.

Auch möchte ich das kritisierte Wohnbauförderungsgesetz erwähnen, wo es heißt, daß auch EWR-Bürger in den Genuß der Wohnbauförderung kommen sollen, vorausgesetzt, daß sie in Österreich eine Erwerbstätigkeit ausüben und dann auch in Österreich verbleiben. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Sie werden ja nicht annehmen, wenn Sie so abwertend EWR-Bürger aus ärmeren Ländern sagen, daß ein Portugiese nur wegen der Wohnbauförderung sich in Eisenstadt ansiedelt und seine Heimat aufgibt. So naiv wird doch niemand sein.

Ein weiteres Gesetz ist die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen. Gegenstand dieser Vereinbarung ist die Regelung und die Verwendung von Bauprodukten im Sinne der EG-Bauproduktenrichtlinie. Dazu wird ein österreichisches Institut für Bautechnik gegründet. Es soll Prüfstellen für Bauprodukte anerkennen und europäische, technische Zulassungen erteilen. Der Zweck ist ganz einfach eine einheitliche österreichische Regelung und die entsprechende Koordination. Es sind sicherlich noch eine Reihe weiterer Gesetze anzupassen. Heute wird der erste Schub dieser Gesetzesmaterie beschlossen.

Daß Sie von der FPÖ gegen die Gleichstellung von Menschen, sprich EWR-Bürger und Österreicher, sind, ist mir klar. Eine Partei, die ein Ausländervolksbegehren einleitet, von der erwartet man nichts anderes. In der heutigen Zeit, wo von vielen Menschen kritisiert wird, daß Tiere – Haustiere, Nutztiere –, rechtlich als Sache behandelt werden, leiten Sie ein Ausländervolksbegehren ein und Haider sagt, „das richtet sich nicht gegen Menschen“. Wogegen richtet es sich, gegen Sachen? Oder sind Ihnen Menschen weniger wert als Tiere? Also eine sehr dubiose Einstellung, die sehr viel Erklärungsbedarf hat. Die Furcht vor der EG und (*Abg. Dr. Rauter: Wollen Sie, daß alle einreisen können?*) daß wir unsere Identität verlieren ist unbegründet. Frankreich und Italien sind seit Beginn bei der EG dabei. Es wird doch niemand bestreiten können, daß die Franzosen oder die Italiener nach wir vor eine ausgeprägte Identität haben.

Außerdem zeigt die EG die richtigen Signale. Am Sonder-EG-Gipfel in Birmingham im Oktober dieses Jahres gab es ein starkes Bekenntnis zu Föderalismus, Subsidiarität und mehr Mitspracherecht der Mitgliedsländer. Hier kann Österreich einen massiven Beitrag leisten und dort

Dipl. Ing. Berlakovich

die Bundesrepublik Deutschland, die ebenfalls föderalistisch strukturiert ist, sehr vehement unterstützen. Daher sind die EG-Beitrittsverhandlungen mit Österreich zügig anzugehen. Die ÖVP, Gerhard Jellasitz hat es bereits gesagt, ist nach wie vor die Europapartei. Daß die FPÖ Probleme mit ihrem Zickzackkurs hat, eigentlich nicht mit ihrem, sondern mit dem ihres Parteiführers, verstehe ich. Und wenn Sie hier so gönnerhaft von Hausaufgaben für andere reden, dann haben Sie Ihre sehr gut gelernt von Ihrem Oberlehrer Haider, indem Sie diese Hausaufgaben einfach nachsagen, nachplappern.

Wir wissen, daß der EWR, besonders aber die EG, für verschiedene Sparten – zum Beispiel für die Landwirtschaft – schwierig wird. Aber die Landwirtschaft ist allgemein in einer sehr schwierigen Situation, nicht nur durch die EG oder den EWR. Leider Gottes gibt es eine weltweite Überschußproduktion und hier gibt es eine große Konkurrenz um Marktanteile. Und es stimmt auch nicht, daß in der EG die Betriebe eine bessere Struktur haben. Es gibt Länder wie Großbritannien, die viel größere Betriebe als wir haben, und Länder, die viel kleinere haben. Man kann das nicht alles über einen Kamm scheren. Aber was tun Sie für die Bauern? In der letzten Landtagssitzung, wo zwei bäuerliche Themen zur Debatte standen, haben Sie nicht einmal dazu gesprochen. Das weiß niemand, außer wir, die wir hier sitzen. Draußen wissen das leider zu wenig Leute. Sie reden nicht einmal dazu. Was für Vorschläge haben Sie zur Rettung der Landwirtschaft und des Bauernstandes gebracht? Sie sind nicht einmal in der Landwirtschaftskammer vertreten. Dort ist die Notwehrgemeinschaft drinnen, die sich von Ihnen distanziert. Sie kritisieren die Landwirtschaftskammer heftig, aber Sie wollen nicht reingehen, um dort mitzureden, um dort etwas zu verändern. Tun Sie es, dann können Sie sich hier herstellen und andere kritisieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der von Ihnen immer wieder stereotyp zitierte Huber-Plan ist eigentlich ein nicht praktikabler Plan. Er verbietet den Bauern ein Nebeneinkommen zu haben, wenn sie eine Förderung in Anspruch nehmen wollen. Das ist ja unverantwortlich. Ich kann doch keinem Menschen verbieten, sich irgendwo ein Zusatzeinkommen zu erwirtschaften. Also deshalb ist der Huber-Plan in der Praxis nicht durchführbar. Wir wissen aber auch, daß der EG-Beitritt für die Landwirtschaft die besseren Zukunftsaussichten bietet. Und wenn es hier heißt, „wir exportieren heute schon einen Großteil unserer Agrarprodukte in die EG“, dann darf man nicht vergessen, daß eben die EG diesen Binnenmarkt macht und unsere heutigen Exporte verhindern will, um eben ihr Inland zu präferieren. Daher müssen wir aktiv teilnehmen, um weiterhin dorthin exportieren zu können. Dort ist der aufnahmefähige Markt, nämlich in Italien und in Bayern, und nicht im Osten oder bei uns im Land, wo wir zuviel von allem haben.

Wir, die ÖVP, werden, so wie in der Vergangenheit, unsere Bauern und andere Berufsgruppen auf diesem harten Weg nicht allein lassen. Es wird sehr schwer, aber wir werden uns bemühen. Um all diesen Herausforderungen zu begegnen und unser politisches Wollen im Sinne aller Burgenländerinnen und Burgenländer aufzuzeigen, hat die ÖVP-Burgenland ein Manifest erarbeitet, welches wir auch

auf unserem Landesparteitag beschließen werden. Wir wollen ein befriedetes, vereintes Europa mit Österreich als aktivem Teil dieser Gemeinschaft. Wir werden dem vorliegenden Gesetz zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsident:** Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Rauter. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dr. Rauter** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die grundsätzliche Position der Freiheitlichen Partei zur EG ist bereits von mir skizziert worden. Es ist aber im Laufe der Debatte eine derartige Vielzahl von Ungeheuerlichkeiten präsentiert worden, die ich nicht auf der Freiheitlichen Partei sitzen lassen möchte. Man kann dahingestellt lassen, ob es von einem Präsidenten sehr korrekt ist, einerseits bei der tatsächlichen Berichtigung, wenn tatsächlich berichtigt wird, sofort einzugreifen, andererseits einen Ausdruck wie „Löwingerbühne“ über eine demokratisch in den Landtag gewählte Partei zuzulassen. *(Zwischenruf des Abg. Dipl. Ing. Berlakovich)* Herr Kollege Berlakovich, wenn wir uns schon auf diesem Niveau bewegen ... *(Zwischenruf des Abg. Dipl. Ing. Berlakovich)* Ich sage Ihnen, daß nicht die Freiheitliche Partei im Landtag einer Löwingerbühne gleichkommt, sondern viele aus den Reihen der rot-schwarzen Einheitspartei. Wenn ich mir anschau, Herr Kollege Berlakovich, daß der Zweite Landtagspräsident seit Monaten wegen falscher Zeugenaussage vor Gericht verurteilt ist und Sie da zuschauen und nichts unternehmen. Daß Sie, Herr Kollege Berlakovich das zulassen ... *(Abg. Dipl. Ing. Berlakovich: Was unternehmen Sie dagegen?)* Wir haben das immerhin im Landtag schon wiederholt aufgegriffen und haben gesagt, das ist ein unhaltbarer Zustand. Wenn Sie zulassen, daß ein Zweiter Landtagspräsident, der heute ja eine Unsinnigkeit sondergleichen von sich gegeben hat ... *(Abg. Dr. Moser: Das ist eine Frechheit!)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter, ich möchte Sie darauf hinweisen, daß Sie die Würde des Hauses wahren und solche Ausdrücke unterlassen.

Abgeordneter **Dr. Rauter** (FPÖ) *(fortsetzend)*: Herr Präsident ich nehme zur Kenntnis, daß das Wort „Löwingerbühne“ nicht den Anstand des Hauses verletzt, dagegen das Wort „Unsinnigkeiten“ schon. Ich nehme es zur Kenntnis.

Wenn Sie zulassen, Herr Kollege Berlakovich, daß dieser Zweite Landtagspräsident, nicht nur was ich schon gesagt habe, *(Abg. Prior: Herr Kollege, reden Sie einmal über die EG! Fällt Ihnen da nichts ein?)* mit dem Gericht in Schwierigkeiten gekommen ist, sondern daß *(Zwischenruf des Abg. Frasz)* der Zweite Landtagspräsident im Büro des Landeshauptmannes *(Abg. Thomas: Was hat das mit der EG zu tun?)* also einer, der wesentlich an der Gesetzgebung teilnehmen sollte, als Zweiter Landtagspräsident, jetzt praktisch die Hilfe des Landeshauptmannes ist, indem er im Büro tätig ist, da frage ich mich schon, ob das nicht eher die Löwingerbühne ist, als wenn die Opposition das macht was ihr Recht ist und was sie tun soll, nämlich eine unterschiedliche Opposition zur Position der Regierungspartei aufzuzeigen. Herr Kollege Berlakovich, wir haben als Freiheitliche Partei eines ständig zum Ausdruck

Dr. Rauter

gebracht: Wir wollen, daß Österreich in einem größeren Europa teilnimmt. Das habe ich auch heute gesagt. Sie haben mir wahrscheinlich nicht zugehört. Wir wollen aber nicht, daß Österreich in die EG hineingeht ohne daß wir wissen, was auf uns zukommt. *(Beifall des Abg. Nicka)* Und das beschließen Sie, Kollege Berlakovich. *(Beifall bei der FPÖ)* Sie haben auf der Ebene des Nationalrates, Herr Kollege Berlakovich, durch Ihre Zustimmung zu einem EWR-Abkommen, wo wir noch nicht wissen, was auf uns zukommt, Österreich letztendlich verkauft, Kollege Berlakovich. Wir sind der Meinung, es ist notwendig, daß Österreich haargenau mit der EG ausverhandelt, was letztendlich auf uns zukommt; im bäuerlichen Bereich, im Bereich der Wirtschaft, im Bereich des Umweltschutzes. Und wenn der Kollege Frasz gemeint hat, „die EG ist so wichtig wegen des Umweltschutzes“, ja um Gottes willen glauben Sie denn wirklich, daß dem Umweltschutz in der EG und im EWR mehr Bedeutung zukommt als derzeit in Österreich? Ich glaube es nicht, Herr Kollege Berlakovich. Das möchte ich auch sagen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Wenn Sie gemeint haben: Wenn Österreich nicht in der EG ist, dann hat es keine Möglichkeit sich zu entwickeln. Herr Kollege Berlakovich die Schweiz ist ein Musterland in Europa. Die Schweiz ist im EG-Bereich mit derartig vielen wirtschaftlichen Unternehmungen vertreten und vorhanden wie kein anderes Nicht-EG-Land. Die Schweiz hat beizeiten vorgesorgt. Die Schweiz hat ihre Hausaufgaben erfüllt. *(Abg. Mag. Gradwohl: Die Schweiz denkt auch über einen Beitritt nach.)* Das weiß ich, Herr Kollege Gradwohl. Wir werden sehen, wie . . . *(Abg. Mag. Gradwohl: Auch unser Volk hat abgestimmt.)*

Und eines, Herr Kollege Berlakovich, neben dem Argument, daß die Schweiz sehr wohl im EG-Bereich vertreten ist und auch dann vertreten sein wird, wenn sie nicht der EG beiträgt: Wie erklären Sie sich denn, Herr Kollege Berlakovich, daß die Länder, die in der EG so glücklich und zufrieden sind, wenn es zu Volksabstimmungen kommt, haarscharf die Mehrheit schaffen, wie jetzt zum Beispiel die Abstimmung in England gezeigt hat, knapp 50 Prozent. *(Abg. Loos: Na und worüber wurde abgestimmt? – Abg. Thomas: Das zeigt, daß er sich nicht auskennt!)* Herr Kollege Berlakovich, so sehe ich das. *(Beifall bei der FPÖ. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Zwischenruf des Abg. Loos)* Herr Kollege Loos, wenn Sie zugehört haben Ihrem Kollegen, aber wahrscheinlich haben Sie ihm nicht zugehört, es war ja nicht so interessant was er zu sagen gehabt hat, aber wenn Sie ihm zugehört haben, hat er ja auch den Maastrichter Vertrag gehabt, wie gut und hervorragend er ist. Und da gibt es die, die es wissen müssen, die nämlich in dieser EG drinnen leben und schon voller Bedenken sind. Ich bin der Meinung, daß wir uns sehr wohl Gedanken machen müssen, wo es hingeht.

Lassen Sie mich aber zur Ausländerfrage, weil sie nicht von uns, aber von Ihnen angeschnitten worden ist, ein paar Sätze noch sagen. Kollege Berlakovich, Sie sagen, es ist so ungeheuerlich, weil die Freiheitliche Partei ein Volksbegehren macht, das sich gegen Menschen richtet. Kollege Berlakovich, ich kann mich erinnern, der Herr Dr. Busek, ich glaube Ihr Parteiobermann, hat vor wenigen Wochen gesagt, *(Abg. Mag. Gradwohl: „Herr Vizekanz-*

*ler“!)* Österreich muß die illegal in Österreich befindlichen Ausländer ausweisen. Was ist das? Richtet sich diese Forderung des Herrn Busek gegen Menschen oder richtet sie sich nicht gegen Menschen? *(Abg. Mag. Gradwohl: Vollzug des Gesetzes. Vollzug unserer Gesetze als Regierungsmitglied.)* Vollzug des Gesetzes, Herr Kollege Gradwohl? Und wir Freiheitlichen wollen nichts anderes, als daß wir in Österreich menschenwürdige Gesetze machen, wo die Ausländer, die sich in Österreich befinden, eine Wohnung haben, eine Arbeitsmöglichkeit haben. Das heißt, menschenwürdige Bedingungen haben. *(Beifall des Abg. Nicka)* Herr Kollege Gradwohl nehmen Sie das zur Kenntnis. *(Beifall des Abg. Nicka. – Abg. Kaplan: Und was ist mit den Illegalen? Sie reden daran vorbei. Was ist mit den Illegalen, die schon herinnen sind?)*

**Präsident:** Als nächstem erteile ich dem Abgeordneten Berlakovich das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dipl. Ing. Berlakovich** (ÖVP): Ich will die Debatte nicht länger hinauszögern, aber ein paar Anmerkungen muß ich doch machen. Wenn Sie sagen, daß ich den Maastrichter-Vertrag gelobt habe, dann stimmt das nicht, dann haben Sie mir nicht zugehört. Ich habe den logischen Schritt der EG gelobt, eine politische Union anzustreben. Wie immer dieses Vertragswerk aussieht. Die Abstimmungen in der EG selbst, in den EG-Staaten: Die stimmen ja nicht über einen Austritt aus der EG ab, weil sie unzufrieden sind, sondern über ihre Bedenken betreffend Maastricht. Und wenn Sie sagen, Sie sind heute gegen die EG, so ist das unverantwortlich, weil ja noch keine Beitrittsverhandlungen geführt wurden und Sie noch gar nicht wissen, was Österreich mit der EG aushandelt. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsident:** Wortmeldungen liegen keine mehr vor, die Herrn Berichterstatter haben das Schlußwort.

Wünschen die Herren Berichterstatter das Schlußwort? –

Herr Berichterstatter Oswald? – *(Abg. Oswald: Ich verzichte.)*

Herr Berichterstatter Mag. Wögerer? – *(Abg. Mag. Wögerer: Ich verzichte.)*

Herr Berichterstatter Dipl. Ing. Berlakovich? – *(Abg. Dipl. Ing. Berlakovich: Ich verzichte.)*

Herr Berichterstatter Loos? – *(Abg. Loos: Ich verzichte.)*

Herr Berichterstatter DDr. Schranz? – *(Abg. DDr. Schranz: Ich verzichte.)*

Herr Berichterstatter Thomas? – *(Abg. Thomas: Ich verzichte.)*

Die Herren Berichterstatter verzichten auf das Schlußwort, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die 14 Tagesordnungspunkte.

Präsident

Ich lasse zuerst über den 1. Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 248, mit dem das Kindergärtengesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 182, Beilage 255, abstimmen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Kindergärtengesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Kindergärtengesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den 2. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Landesgesetzentwurf, Beilage 247, mit dem das Burgenländische Familienförderungsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 181, Beilage 256.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Familienförderungsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Familienförderungsgesetz zur Anpassung an das EWR-Ab-

kommen geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über den 3. Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 239, mit welchem das Gesetz über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Bgl. Wohnbauförderungsgesetz 1991) zur Anpassung an den EWR-Vertrag geändert wird, Zahl 16 – 180, Beilage 257.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit welchem das Gesetz über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Bgl. Wohnbauförderungsgesetz 1991) zur Anpassung an den EWR-Vertrag geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit welchem das Gesetz über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Bgl. Wohnbauförderungsgesetz 1991) zur Anpassung an den EWR-Vertrag geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 238, mit dem das Flurverfassungs-Landesgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, Zahl 16 – 179, Beilage 258.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Flurverfassungs-Landesgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, ist somit in der vorliegenden Fassung in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Präsident

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Flurverfassungs-Landesgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, ist somit in der vorliegenden Fassung auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über den 5. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 232, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, Zahl 16 – 173, Beilage 259.

Ich ersuche jene Damen und Herrn Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, ist somit in der vorliegenden Fassung in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den 6. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 230, mit dem das Buschenschankgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, Zahl 16 – 171, Beilage 260.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Buschenschankgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, ist somit in der vorliegenden Fassung in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Buschenschankgesetz zur Anpassung an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum geändert wird, ist somit in der vorliegenden Fassung auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den 7. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 235, mit dem das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1980 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 176, Beilage 261.

Ich ersuche jene Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1980 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1980 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den 8. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 231, mit dem das Burgenländische Elektrizitätsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 172, Beilage 262.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Elektrizitätsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Präsident

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Elektrizitätsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über den 9. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 233, mit dem das Spielapparategesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 174, Beilage 263.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Spielapparategesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit in der vorliegenden Fassung in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Spielapparategesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse jetzt über den 10. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 234, mit dem das Burgenländische Lichtspielgesetz 1960 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 175, Beilage 264.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Lichtspielgesetz 1960 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit in der vorliegenden Fassung in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Lichtspielgesetz 1960 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit in der vorliegenden Fassung auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den 11. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 237, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 178, Beilage 265.

Ich ersuche jene Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit in der vorliegenden Fassung in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit in der vorliegenden Fassung auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den 12. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Landesgesetzentwurf, Beilage 249, mit dem das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz 1963 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, Zahl 16 – 183, Beilage 266.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz 1963 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Präsident

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz 1963 zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den 13. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Beschlußantrag, Beilage 229, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken zugestimmt wird, Zahl 16 – 170, Beilage 267, abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlußantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Dem Abschluß der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken wird somit mehrheitlich zugestimmt.

Es folgt nun die Abstimmung über den 14. und letzten Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und des Rechtsausschusses betreffend den Beschlußantrag, Beilage 254, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen (Umsetzung der EG-Bauproduktenrichtlinie) zugestimmt wird, Zahl 16 – 188, Beilage 268.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlußantrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. –

Dem Abschluß der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen (Umsetzung der EG-Bauproduktenrichtlinie) wird somit mehrheitlich zugestimmt.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr 32 Minuten